

- 1 Gruppe Wagner in Afrika: Moskaus doppeltes Spiel
- 8 Zivildienstrevision: Grosser Schaden ohne Nutzen
- 10 Autonome Waffen: Technologie ausser Kontrolle
- 14 Rohstoffhandel: Kriegsgewinne besteuern!

- 16/17 Karte der UNO-Friedenseinsätze 2023
- 19 Ukraine: Zwischen Solidarität und Neutralität
- 24 Waffenausfuhren 2022: Noch nie so hoch
- 26 Leipziger Messe: Literatur in Zeiten des Krieges

Die Gruppe Wagner und UNO-Friedenseinsätze in Afrika

Moskaus doppeltes Spiel

Die Gruppe Wagner bekommt erst seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auch in Europa stärkere Aufmerksamkeit. In den letzten Jahren war die private Militärfirma aber bereits in vielen Konflikten von Syrien über Libyen bis in die Zentralafrikanische Republik, Mali und zuletzt auch im neu aufgeflamten Machtkampf in Sudan aufgetaucht. Oft agiert sie dort, wo auch Friedenseinsätze, vornehmlich der UNO, stationiert sind.

Was bedeutet der Einsatz der Gruppe Wagner in Konfliktgebieten für internationale Friedenseinsätze? Inwiefern beeinträchtigt er deren Mandatumsetzung? Wie beeinflusst er das Verhältnis zwischen Gastregierungen und Friedenseinsätzen vor Ort? Und wie wirken sich geopolitische Spannungen auf diese Dynamik aus?

*/ Christoph Matschie
und Annika S. Hansen /*

Die Entstehung der Gruppe Wagner

Der militärische Arm der Gruppe Wagner wurde 2014 von Dmitry Utkin, ehemaliger Oberstleutnant im Militärgeheimdienst GRU, gegründet und kam zuerst auf der Krim, in der Ost-Ukraine und anschliessend in Syrien zum Einsatz. Die

Existenz dieser Gruppe wurde aber lange Zeit von russischen Offiziellen bestritten.

Zusammengesetzt wurde die private Militärfirma zunächst aus ehemaligem Personal des privaten Militärunternehmens Slawisches Korps, des Militärgeheimdienstes GRU, von Luftlandeeinheiten und diversen Spezialeinheiten der Armee und aus dem Verteidigungsministerium. Die Gruppe Wagner ist zwar die bekannteste, aber bei Weitem nicht die einzige private Militärfirma in Russland. Sie besteht jedoch nicht nur aus Söldnertruppen, sondern umfasst zusätzlich ein komplexes Geflecht von Firmen und Organisationen, die in den Bereichen politische Strategieentwicklung oder Desinformation ebenso wie im Bergbau, Diamanten-, Gold-, oder Holzhandel arbeiten.

Geführt wird dieses Unternehmensgeflecht von dem engen Putin-Vertrauten Jewgeni Prigoschin. Obwohl er wiederholt heftige Kritik am Vorgehen der russischen Militärführung übte, muss man angesichts seiner engen Verbindung zu Putin davon ausgehen, dass Prigoschin und die Gruppe Wagner ein Instrument des Kreml sind und keine eigenständige Grösse darstellen. Im September 2022 führte das Engagement von Wagner im Ukraine-Krieg dazu, dass sich Prigoschin zu seiner Rolle als Chef der Gruppe bekannte, obwohl er zuvor deren Existenz abgestritten hatte. Im Dezember 2022 wurde das Unternehmen PMC Wagner Centre mit Sitz in St. Petersburg legal in Russland registriert.

Wie funktioniert die Gruppe Wagner?

Die Gruppe Wagner hat drei miteinander verbundene Standbeine. Das erste ist ihre wohl bekannteste Rolle als Söldnertruppe, die militärische Unterstützung – oft schwacher und autokratischer – Regierungen im Kampf gegen Aufständische oder andere bewaffnete Regimegegner anbietet.

Diese Rolle verknüpft Wagner zunehmend mit ihrem zweiten Standbein,

Fortsetzung Seite 2



der strategischen und politischen Beratung von auftraggebenden Regierungen und direkter Einflussnahme auf Wahlen, z.B. durch voreingenommene «Wahlbeobachter». Die Gruppe führt zu diesem Zweck auch Propaganda- und Desinformationskampagnen hauptsächlich über soziale Medien durch, wobei sie eng mit der Trollfarm Internet Research Agency (IRA) zusammenarbeitet. Russland nutzt die Firma IRA seit mindestens 2013, um politische Gegner anzugreifen. Wagner nimmt aber auch für sich in Anspruch, 2019 ein Friedensabkommen zwischen der Regierung der Zentralafrikanischen Republik und Rebellen vermittelt zu haben.

Finanziert wird die Gruppe Wagner über ihr drittes Standbein, nämlich ihr Netzwerk von Unternehmen vornehmlich im Bergbau. Konzessionen, die Wagner den Zugang zu natürlichen Ressourcen wie etwa Gold und Diamanten ermöglichen, sind häufig die Bezahlung für geleistete und versprochene militä-

rische Unterstützung. Diese Art von Bezahlung hat es in der Vergangenheit auch für ähnliche Söldnertruppen in Angola, der Demokratischen Republik Kongo oder Liberia gegeben. Dabei geht die Vergabe von Lizenzen zum Abbau von Gold, Diamanten oder anderen Rohstoffen nicht selten zu Lasten der einheimischen Bevölkerung und lokaler Unternehmen.

Als Instrument des Kreml arbeitet die Gruppe Wagner im Interesse des russischen Staats, der die Söldnertruppe nutzt, um seinen Einfluss auszuweiten. Die Unterscheidung zwischen Wagner-Söldnern und offizieller bilateraler Unterstützung Russlands verschwimmt beispielsweise, wenn die Gruppe zeitgleich mit russischen Militärtrainern in der Zentralafrikanischen Republik auftaucht. Ausserdem gibt es nicht nur massive logistische Unterstützung durch die russische Armee, sondern auch Waffenlieferungen in die Einsatzgebiete der Militärfirma. Ausserdem sind von der Gruppe Wagner gesteuerte Propaganda und Desinformation eng verzahnt mit der russischen Aussenpolitik.

Einsätze der Gruppe Wagner in Afrika

Die Aktivitäten der Gruppe Wagner auf dem afrikanischen Kontinent reihen sich in die Geschichte von Söldnern in Afrika ein, die 1960 in der heutigen Demokratischen Republik Kongo begann. In den 1990er-Jahren übernahm die bekannte südafrikanische Söldnertruppe Executive Outcomes eine ähnliche Rolle in den Bürgerkriegen in Sierra Leone und Angola wie Wagner heute in Mali oder der Zentralafrikanischen Republik. Manche behaupten sogar, dass Executive Outcomes das primäre Vorbild für die Gruppe Wagner sei. Oft operieren Söldner dort, wo auch UNO-Blauhelme im Einsatz sind. Das ist insbesondere in Afrika der Fall, wo 80 Prozent des weltweiten Personals der UNO-Friedenseinsätze stationiert sind.

Was Söldnertruppen über die Jahre gemein haben, ist eine erschreckende Bilanz von Menschenrechtsverletzungen. Im März 2022 warnte der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte nicht nur vor ihrem destabilisierenden Einfluss auf das Konfliktgeschehen, sondern auch vor dem hohen Risiko von Übergriffen

auf die Zivilbevölkerung, welches mit der vermehrten Präsenz von Söldnern einhergeht.

Welche Instrumente Wagner konkret einsetzt, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Den umfassendsten Ansatz, in dem politische, militärische und wirtschaftliche Tätigkeiten vereint wurden, hat Wagner in Sudan und der Zentralafrikanischen Republik verfolgt. In Sudan begann Wagners Präsenz 2017 mit 500 Söldnern, die den damaligen Machthaber Omar al-Bashir unterstützen und lokale Aufstände bekämpfen sollten.

Lizenzen für Goldminen

Im Gegenzug erhielt die Gruppe Lizenzen für Goldminen, und Russland wurde ein Marinestützpunkt in Port Sudan am Roten Meer zugesagt. In Sudan operierte zur gleichen Zeit die UNO-Mission in Darfur (Unamid, 2007–2020). Ein Jahr später, 2018, begann in der Zentralafrikanischen Republik, wo die UNO-Mission Minusca seit 2014 vor Ort ist, das, was Beobachter als die «Vereinnahmung des Staates» durch die Gruppe Wagner bezeichnen. Auch hier wurde sie entlohnt mit Lizenzen zum Abbau von Gold und Diamanten.

In Mosambik konzentrierte sich die Gruppe Wagner im Herbst 2019 auf rein militärischen Beistand. Dort sollten die Söldner den Vormarsch der lokalen extremistischen Gruppe Ansar Al-Sunna Wa Jamma in der nördlichen Provinz Cabo Delgado stoppen, scheiterten aber bei diesem Auftrag. In Libyen, wo sich die UNO-Mission Unsmil seit 2011 um politische Lösungen bemüht, unterstützte Wagner General Haftar und dessen Kontrolle der Ölfelder ab September 2019 ebenfalls vor allem militärisch. Der

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Christoph Matschie, Annika S. Hansen, Dominika Kunertova, Christoph Wehrli, Liliane Studer, Marionna Schlatter, Ruedi Tobler, zif, Zentrum internationale Friedenseinsätze.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Wikimedia Commons; Seite 5: Uno-Photo; Seite 11: Toby Sterling; Seite 20: Michael Schwarz; Seite 21: Diana Schenkel; Seite 27: Volodymyr Polynak; Seite 29: SFR; Seite 32: Uno-Photo.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Juni 2023

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Todesopfer im Zusammenhang mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen in den Sahelländern, Januar bis November 2022



libysche Fall weicht insofern ab, als dass Wagner hier eben nicht als Unterstützer der Regierung, sondern ihres Herausforderers Haftar auftrat. Dem Einsatz der Söldner vorgeschaltet war eine zielgerichtete Informationskampagne zugunsten Haftars.

Hilfe für Malis Putschisten

In Mali, wo die UNO-Mission Minusma seit 2013 arbeitet, bat die Militärregierung nach ihrer Machtübernahme im August 2020 und einem weiteren Putsch 2021 Russland um Unterstützung, offiziell um malische Sicherheitskräfte zu trainieren und den Schutz der Regierung zu gewährleisten. Damit kam Wagner ab Ende 2021 auch hier zum Einsatz.

Auch im neu aufgeflamten Machtkampf in Sudan könnte die Gruppe Wagner eine Rolle spielen. So wird berichtet, dass einer der Kontrahenten, General Mohamed Hamdan Dagalo (genannt Hemeti), seit Längerem mit der Gruppe zusammenarbeitet und von dieser militärisch aufgerüstet wurde. Während Prigoschin eine Wagner-Präsenz in Sudan im April 2023 vehement zurückwies, gibt es offensichtliche Geschäftsinteressen, wie den Schmuggel von Gold aus Sudan nach Russland, die eine fortlaufende Zusammenarbeit zwischen der Gruppe Wagner und Hemeti wahrscheinlich machen.

Gruppe Wagner als Kreml-Instrument

Russland hat in den letzten Jahren sei-

nen Einfluss auf Konflikte in Afrika deutlich ausgebaut. Anknüpfend an alte Verbindungen aus Sowjetzeiten ist Russlands Offerte für viele afrikanische Regierungen durchaus interessant. Allein zwischen 2015 und 2019 hat Moskau 19 Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit afrikanischen Regierungen abgeschlossen. Die Abgrenzung offizieller russischer Sicherheitsakteure zur Gruppe Wagner als einem unabhängigen, privaten Unternehmen, die noch in Libyen und anfangs in Mali das gängige Narrativ war, scheint heute für Moskau nicht mehr so notwendig zu sein.

Die russische Regierung flankiert Wagners Aktivitäten heute offen durch parallele Staatsbesuche oder Waffenlieferungen. So werden – gestützt auf die Aktivitäten der Söldner – weitergehende Abhängigkeiten in der militärischen Zusammenarbeit und bei Waffenexporten geschaffen. Für Subsahara-Afrika war Russland im Zeitraum 2016–2020 laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri der mit Abstand wichtigste Waffenlieferant. Im Sudan stammen beispielsweise 80 Prozent der Waffenlieferungen seit 2003 aus Russland.

Schliesslich hat Moskau sein Netz für Propaganda und Desinformation in Afrika massiv ausgebaut und nutzt dazu vor allem Russia Today und soziale Medien. Kampagnen über letztere sind

Editorial

Eine Resolution zur Lage

Die Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates (SFR) hat mit Befriedigung Kenntnis genommen vom Auftritt von Bundesrätin Viola Amherd beim UNO-Sicherheitsrat in New York. Sie hat sich klar für das System der kollektiven Sicherheit und eine aktivere Rolle der Schweiz bei Blauhelmeinsätzen der UNO ausgesprochen. Das fordert der SFR seit Jahren und setzt sich ein für eine Umkehrung der Prioritäten in der Sicherheits- und Armeepolitik: Erste Priorität soll die Beteiligung an Friedenstruppen erhalten, für die die Schweiz als blockfreies Land prädestiniert ist und auch genügend finanzielle wie personelle Mittel hat. Zweite Priorität soll weiterhin die Katastrophenhilfe haben, bei der zwar eine grundlegende Reform angesagt ist, die aber nicht auf Kosten des Zivildienstes und der Vielfalt seiner Einsätze gehen darf.

Der SFR verurteilt die russische Kriegspolitik sowie die gravierenden Verletzungen des Kriegsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts, erinnert aber auch an die weltweit 28 Kriege und bewaffneten Konflikte, die der Menschheit unermessliches Leid bereiten. Als grundlegend falsch erachtet er die Folgerung, die Militärausgaben zu erhöhen, wie dies eben auch von den eidgenössischen Räten beschlossen wurde. Im Gegenteil sind Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken sowie insbesondere die Mittel für das IKRK und dessen Missionen zu erhöhen, die es wegen fehlender Finanzierung reduzieren muss. Der Schweiz würde es angesichts der unerfreulichen Weltlage gut anstehen, mit einer deutlichen Reduktion der Militärausgaben zugunsten von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe ein Zeichen für den Frieden in dieser Welt zu setzen, statt sich an der Erhöhung der Rüstungs- und Kriegsausgaben zu beteiligen.

Schliesslich findet es der SFR bedenklich, dass der Bundesrat den Atomwaffenverbotsvertrag noch immer nicht ratifiziert hat, obwohl er dafür von den Räten vor bald fünf Jahren den verbindlichen Auftrag erhalten hat. Mit immer neuen Ausreden hat sich der Bundesrat ein ums andere Mal um die Unterschrift herumgedrückt. Angesichts von Wladimir Putins unverhohlener Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine läuft das Abseitsstehen der Schweiz beim Atomwaffenverbotsvertrag auf eine faktische Akzeptanz dieser unverantwortlichen Drohhpolitik hinaus.

Fortsetzung Seite 4

Zürich, 26. Mai 2023

schwerlich von ähnlichen Initiativen der Gruppe Wagner abzugrenzen.

Antikolonialistischer Vorwand

Welchen Vorteil haben Gastregierungen davon, dass sie sich die Unterstützung der Gruppe Wagner ins Boot holen? Sie bekommen für sie wertvolle, weil maximal gewaltbereite Unterstützung im Kampf gegen bewaffnete Gegner, seien es Terroristen oder Rebellen Gruppen oder eine Mischung aus beiden. Die Regierung Malis zitiert sogar das – aus ihrer Sicht – Versagen der Minusma als Rechtfertigung für die Notwendigkeit alternativer Unterstützung. In der Zentralafrikanischen Republik beschreiben Beobachter die Gruppe als «Überlebensgarant» der Regierung.

Für diese Unterstützung müssen Regierungen zunächst keine Haushaltsmittel aufwenden, sondern können die Bezahlung über Konzessionen auf zukünftige Einnahmen vertagen. Ein weiterer Bonus, der sich mit dem Rückzug der französischen Truppen aus Mali und der Zentralafrikanischen Republik manifestiert hat, ist, dass Gastregierungen nun behaupten können, den Einfluss und die Präsenz ungeliebter ehemaliger Kolonialmächte zurückgedrängt zu haben. Gleichzeitig erwerben sich Regierungen, die mit der Gruppe Wagner zusammenarbeiten, die politische Rückendeckung durch Russland beispielsweise im UNO-Sicherheitsrat. Andere Regierungen in der Sahel-Region verfolgen diese Entwicklungen sehr aufmerksam.

Einfluss auf Friedenseinsätze

Für Friedenseinsätze wie Minusma ergeben sich durch die Präsenz der Wagner-Söldner eine Reihe unmittelbarer Risiken.

1. Schutz der Zivilbevölkerung

Erstens verursacht das brutale Auftreten der Gruppe Wagner ein zentrales Dilemma für UNO-Friedenseinsätze in der Ausübung ihres Mandats zum Schutz der Zivilbevölkerung. Die Einsätze unter Beteiligung der Gruppe Wagner haben zu erheblichen Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt. Das Massaker im malischen Ort Moura im März 2022 mit geschätzt 300 toten ZivilistInnen ist hier nur das bekannteste Beispiel. In Mali und der Zentralafrikanischen Republik ist die Gruppe Wagner der Akteur, der die meis-

te gegen die Zivilbevölkerung gerichtete politische Gewalt verübt und damit vor staatlichen Akteuren und aufständischen Gruppen in beiden Ländern liegt. Das behindert nicht nur die Erfüllung des Schutzauftrags der UNO-Missionen, die ohnehin über begrenzte Möglichkeiten in diesem Bereich verfügen, sondern birgt auch erhebliches Konfliktpotenzial einer direkten Konfrontation.

Der Versuch einer Zusammenarbeit mit Wagner kann wiederum das Verhältnis zwischen einer UNO-Mission und der Bevölkerung vor Ort negativ beeinflussen. Mit Blick auf die Zentralafrikanische Republik warnt die Open-ended Intergovernmental Working Group on Private Military and Security Companies der UNO, dass die Zusammenarbeit zwischen Minusca und «russischen Militärberatern» – konkret die Koordination mit Beratern oder die medizinische Evakuierung verletzter Berater in Minusca-Stützpunkte – die Gefahr eines erheblichen Reputationsschaden für die UNO-Mission berge und deren Glaubwürdigkeit untergraben könne.

2. Mandatsumsetzung

Zweitens schränkt die enge Kooperation zwischen der Gruppe Wagner und deren Gastregierungen – im Zusammenspiel mit der russischen Aussenpolitik – die Mandatsumsetzung auf unterschiedliche Weise ein. Sie begrenzt die Möglichkeiten, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, und höhlt somit die Rechenschaftspflicht für Übergriffe aus. Ein Antrag im UNO-Sicherheitsrat, in Moura zur Aufklärung des Massakers eine unabhängige Untersuchung durchzuführen, wurde von Russland abgelehnt. Anfang Februar 2023 wurde sogar der langjährige Menschenrechtsdirektor der Minusma, Guillaume Ngefa-Atondoko Andali, durch die Militärregierung in Bamako des Landes verwiesen.

Grund war, dass er bei einer Anhörung des Sicherheitsrates eine kritische Stimme aus der malischen Zivilgesellschaft zu Wort kommen liess. In der Zentralafrikanischen Republik schaffte es die UNO-Mission bis jetzt trotz allem, zusammen mit dem Hohen Kommissar für Menschenrechte, Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Wagner und die Sicherheitskräfte der zentralafrikanischen Regierung zu veröffentlichen.

Es nehmen aber auch andere Mandatsaufgaben, wie etwa den Sicherheitssektor zu entwickeln oder zu reformieren, Schaden und werden regelrecht

sinnlos, wenn – wie in der Zentralafrikanischen Republik der Fall – die Gruppe Wagner den nationalen Sicherheitsapparat unbestreitbar steuert. Multidimensionale Friedenseinsätze kommen bei der Umsetzung normativer Mandatsaufgaben, wie dem Schutz der Menschenrechte und der Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, nur voran, wenn betroffene Regierungen kooperieren.

Dementsprechend hindert es den Erfolg von Friedenseinsätzen, wenn die Regierungen der Gastländer sich die Unterstützung der Gruppe Wagner und die damit verbundene Rückendeckung im Sicherheitsrat durch Russland einkaufen. Letztendlich kann es notwendig werden, Mandate an das anzupassen, was realistisch möglich ist. Dies müsste klar und mit Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Wagner begründet werden.

3. Sicherheit des UNO-Personals

Drittens ist die Sicherheit des UNO-Personals durch die Gefahr von Zusammenstößen bedroht, insbesondere dort, wo die UNO Einsätze zum Schutz der Zivilbevölkerung durchführt. In Mali erhöhte sich das Sicherheitsrisiko für die Mission zusätzlich dadurch, dass die Regierung in Bamako sowohl die Bewegungsfreiheit der Mission einschränkte, als auch Minusma-Aufklärungsflüge untersagte. Der Grund war offenbar, dass die Aktivitäten der Gruppe Wagner vor Beobachtung durch die UNO geschützt werden sollten. In der Zentralafrikanischen Republik hat Wagner selbst Patrouillen der Minusca blockiert und die UNO-Mission in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. UNO-Friedenseinsätze können den Informationsaustausch mit Wagner suchen, um ungewollte Zusammenstöße zu vermeiden. Sie müssen aber vor allem Gastregierungen, die die primäre Verantwortung für die Sicherheit des UNO-Personals haben, in die Pflicht nehmen, damit diese ihre Aufsichtspflicht über Wagner ausüben.

4. Glaubwürdigkeit anderer UNO-Instrumente

Eine vierte politische Herausforderung besteht darin, dass die Gruppe Wagner Instrumente wie das UNO-Sanktionsregime ad absurdum führt, indem sie direkt vom UNO-Sicherheitsrat, also mit russischer Zustimmung, beschlossene Sanktionen ungehindert verletzt.



Befragung durch UNO-Truppen in einem malischen Dorf nach einem Angriff von Jihadisten.

Sie lieferte zum Beispiel entgegen internationaler Bestimmungen Waffen und militärische Ausrüstung in den Südsudan und nach Libyen, wo sie auch selbst an Kampfhandlungen teilnahm. Hierbei ist Wagner zwar kein Einzelfall, aber ein gewichtiger Akteur, mit dem der Kreml verdeckt handeln kann.

5. Truppensteller

Das fünfte und für Krisengebiete wie Mali oder die Zentralafrikanische Republik vielleicht gravierendste Risiko ist, dass die oben genannten Herausforderungen in der Summe dazu führen, dass eine weitere Beteiligung an den UNO-Missionen politisch untragbar erscheint, was in der Konsequenz zum Abzug von Militärkontingenten führt. Der teils durchgeführte, teils geplante Abzug vor allem westlicher Truppensteller mündete bei Minusma in einer «Rückzugs-Kaskade,» die erhebliche Lücken bei Fähigkeiten und Personal hinterlässt.

Ausblick

Das Zusammenspiel der Gruppe Wagner und der russischen Regierung führt dazu, dass die Einsatzbedingungen für UNO-Friedenseinsätze durch die jeweiligen Gastregierungen deutlich erschwert

werden. Letztere werden dabei durch Russland unterstützt und im UNO-Sicherheitsrat gedeckt. Manche vermuten, dass Russland die Präsenz der Gruppe Wagner auch auf weitere afrikanische Länder – aber auch etwa nach Haiti – ausweiten will. In vielfacher Hinsicht ist der Verlauf des Krieges in der Ukraine dabei ein wichtiger Faktor. Die Rolle von Wagner an multiplen Fronten – in der Ukraine und in Afrika – birgt die Gefahr, dass die Gruppe ihre verfügbaren Ressourcen überdehnt. Zudem ist unklar, wohin der heftige Streit Prigoschins mit dem russischen Militärapparat führt.

Gleichzeitig hat der russische Angriffskrieg die strategische Bedeutung des afrikanischen Engagements Russlands erhöht. Nicht zuletzt muss Moskau die Beziehung zu Regierungen dort verstärkt pflegen, um sich deren Unterstützung in Debatten, wie etwa im UNO-Kontext, zu sichern. Aufgrund der gegen Russland verhängten Sanktionen ist auch der Zufluss von Einnahmen, besonders die, die aus den Konzessionen der Gruppe Wagner hervorgehen, wichtiger geworden.

Die Gruppe Wagner ist eine akute Gefahr für internationale Sicherheit
Offenbar haben die seit 2021 erfolgten

Sanktionen gegen Wagner durch die EU und ihre Einstufung als transnationale kriminelle Vereinigung durch die US-Regierung die Handlungsmöglichkeiten der Gruppe bisher nicht im gewünschten Masse einschränken können. Durch die umfassenden Wirtschaftssanktionen, die wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine, gegen Russland verhängt wurden, hat Wagner sogar ein noch größeres Gewicht als Instrument der Sanktionsumgehung bekommen. Ein Blick zurück zeigt, dass sich Söldner und Gastregierungen auf längere Sicht häufig überwerfen. Teils führen Söldner keine langfristigen Lösungen herbei – in der Tat profitieren sie ja von anhaltender Instabilität –, teils generieren sie erheblichen Unmut in nationalen Sicherheitskräften, deren eigene Kapazitäten eher geschwächt werden und die von privilegierten Ausländern, die zudem noch deutlich besser bezahlt sind, marginalisiert werden.

Es ist allerdings keine vernünftige Option, diese Eventualität abzuwarten und deshalb untätig zu bleiben. Prigoschins Söldnertruppe und die Aktivitäten seines Firmengeflechts sind eine akute Gefahr für die internationale Si-

Fortsetzung Seite 6

cherheit. Die Einflussmöglichkeiten der UNO-Friedenseinsätze selbst sind begrenzt. Es sind politische Massnahmen fernab der Einsatzgebiete, die sich auf die zukünftige Präsenz und Rolle der Gruppe Wagner auswirken können. Die russische Regierung sollte deshalb immer wieder mit den Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, Umgehungen von Sanktionen oder Gefährdungen für UNO-Friedenseinsätze durch die Gruppe Wagner in Afrika konfrontiert und dafür haftbar gemacht werden.

Direktes Instrument des Kremls

Dass Wagner ein direktes Instrument des Kremls ist und Moskau deshalb die Verantwortung trägt, muss von den beteiligten EU-Staaten gerade auch in den Debatten des UNO-Sicherheitsrates zu Friedenseinsätzen klar und deutlich gemacht werden. Des Weiteren kann die Durchschlagskraft dieser Bemühungen

dadurch gesteigert werden, dass sich auch nicht-westliche Truppensteller, deren Personal gleichermaßen in der Schusslinie steht, anschliessen.

Zusätzlich zur Veröffentlichung von Berichten der UNO-Missionen und des Hohen Kommissars für Menschenrechte wird auch ein enges Monitoring der Aktivitäten der Gruppe Wagner durch EU und Nato benötigt. Die daraus hervorgehenden Erkenntnisse müssen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Insbesondere sollten sie für eine aktive Medienarbeit in den Einsatzländern genutzt werden. Der Propaganda von Gastregierungen, der Gruppe Wagner und des Kreml müssen in diesen Ländern eigene wertebasierte Narrative entgegengesetzt werden.

Wo immer möglich, sollte eine juristische Verfolgung von Straftaten der Gruppe Wagner angestrebt werden. Auch dazu ist es notwendig, Daten zu sammeln

und Aktionen der Gruppe möglichst präzise aufzuklären. Weitere EU-Sanktionen müssen auf den Weg gebracht werden, um illegalen Aktivitäten von Firmen und wichtigen Protagonisten des Wagner-Geflechts wirksamer entgegenzutreten. Dabei sollten die G7 bei der Auswahl von konkreten Sanktionsinstrumenten möglichst gemeinsam vorgehen.

Um die Handlungsmöglichkeiten der Gruppe Wagner einzuschränken, sollte auch die Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerregierungen, regionalen Zusammenschlüssen wie z.B. der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) und der Afrikanischen Union (AU) intensiviert werden. Nachdem die 1977 verabschiedete AU Convention for the Elimination of Mercenarism kaum angewandt wurde, scheint es jetzt einen gewissen politischen Willen in der AU zu geben, das Thema Söldnertum aufzurufen.

Die Gruppe Wagner in Mali

In Mali wurden Söldner der Gruppe Wagner im November 2021 das erste Mal gesichtet. Kurz darauf forcierte die malische Militärregierung den Konflikt mit Paris bis hin zur Ausweisung des französischen Botschafters. Frankreich entschied sich in der Folge dieser Auseinandersetzungen für den vollständigen Abzug seiner Antiterrormission Barkhane und der ebenfalls von Frankreich geführten europäischen Mission Takuba. Die Gruppe Wagner rückte dann oft nur wenige Tage nach dem Abzug französischer Einheiten in deren verlassene Lager ein. Zurzeit gehen Beobachter von bis zu 2000 russischen Söldnern aus, die gemeinsam mit dem malischen Militär Operationen ausführen.

Es gibt ernstzunehmende Hinweise darauf, dass russische Akteure den politischen Umsturz in Mali schon seit etwa 2017 mit antifranzösischer und prorussischer Medienarbeit vor allem in den sozialen Netzwerken vorbereitet hatten. Bis heute nutzt die Junta in Bamako die anti-französische Stimmung immer wieder, um die eigene Macht zu stabilisieren und auch um die enge militärische Zusammenarbeit mit Moskau zu begründen. Offensichtlich trägt die intensive Propaganda Früchte. Laut einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung vom März 2023 sind über 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich die allgemeine Lage

Malis verbessert habe. Im Jahr vor dem Eintreffen der Gruppe Wagner waren das nur gut 30 Prozent. Nicht ganz klar ist jedoch, welche Rolle die stärkere Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die Junta bei den Antworten spielt.

Im Januar 2023 erhielt Mali, zusätzlich zu den Waffenlieferungen des vergangenen Jahres, weitere acht Kampfflugzeuge und zwei Kampfhubschrauber aus Russland. Dem folgte Anfang Februar ein Besuch des russischen Außenministers Lawrow in Bamako, bei dem er dem Westen neokoloniales Verhalten vorwarf und die Unterstützung Russlands beim Kampf gegen den Terrorismus hervorhob. In diesem Vorgehen wird sichtbar, wie der russische Staat und die Gruppe Wagner im Rahmen einer aussenpolitischen Strategie Moskaus zusammenarbeiten, um Mali stärker in den russischen Einflussbereich zu ziehen. Die russische Unterstützung, zu der auch Moskaus Verhalten im Sicherheitsrat zählt, hat die Militärregierung in Bamako am Ende auch ermutigt, sehr viel restriktiver mit der UNO-Mission Minusma umzugehen und deren Arbeit zu erschweren. Das zeigt sich in der Nichtgenehmigung von Überflugrechten und Einsätzen von Aufklärungsdrohnen ebenso wie in der Einschränkung der Menschenrechtsüberwachung.

Sanktionen gegen die Söldnertruppe

Darüber hinaus muss es einerseits darum gehen, Regierungen, bei denen die Neigung erkennbar ist, ebenfalls mit Wagner zusammenzuarbeiten, von diesem Schritt abzuhalten, indem man verdeutlicht, dass Söldner keine nachhaltige Stärkung staatlicher Sicherheitsstrukturen mit sich bringen. Andererseits sollte versucht werden, Staaten, die als Transitländer für wirtschaftliche Aktivitäten von Wagner dienen, für die Durchsetzung von Sanktionen zu gewinnen.

Die EU-Staaten sollten sich in der Open-ended Intergovernmental Working Group on Private Military and Security Companies des UNO-Menschenrechtsrates dafür einsetzen, verbindliche internationale Regeln für den Einsatz von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen (PMSC) zu schaffen. Eine solche Vereinbarung sollte auch Monitoring-Instrumente und Sanktionsmöglichkeiten enthalten. Der bisherige freiwillige Regulierungsrahmen von Montreux Document (2008) und International Code of Conduct (2010) reicht nicht aus, um den Einsatz von PMSC wirksam zu kontrollieren.

Entscheidend ist es, jetzt zu handeln. Jedes Abwarten überlässt dem Kreml und der Gruppe Wagner das Spielfeld und untergräbt die Bemühungen von UNO-Friedenseinsätzen, Konfliktgebiete zu stabilisieren und nachhaltige politische Lösungen zu finden.

Quelle: zif, Zentrum für int. Friedenseinsätze, Berlin

Das Massaker von Moura in Mali

Genf, 12. Mai 2023: Ein Untersuchungsbericht des UNO-Menschenrechtsbüros kommt zum Schluss, es gebe starke Anzeichen dafür, dass mehr als 500 Menschen während einer fünftägigen Militäroperation im Dorf Moura in der Region Mopti in Zentralmali im März 2022 von malischen Truppen und ausländischen Militärangehörigen getötet wurden – die überwiegende Mehrheit davon durch Exekutionen.

Der Bericht ist das Ergebnis einer umfassenden Menschenrechtserkundungsmission, die von UNO-Mitarbeitern über mehrere Monate in Mali durchgeführt wurde. Die malischen Behörden verweigerten dem Team den Zugang zum Dorf Moura selbst. Der Bericht stützt sich auf Gespräche mit Opfern und Zeugen sowie auf forensische und andere Informationsquellen, wie zum Beispiel Satellitenbilder. Im Bericht wird detailliert beschrieben, wie sich die Ereignisse in Moura Tag für Tag abspielten. Die Operation, die von den Behörden als Anti-Terror-Militäroperation gegen eine Al-Qaida-nahe Gruppe namens Katiba Macina beschrieben wird, begann am 27. März 2022, einem geschäftigen Wochenmarkttag in Moura.

Zeugenaussagen zufolge überflog ein Militärhubschrauber das Dorf und eröffnete das Feuer auf die Menschen, während vier weitere Hubschrauber landeten und die Soldaten an Land gingen. Die Soldaten trieben die Menschen in der Dorfmitte zusammen und schossen wahllos auf diejenigen, die zu fliehen versuchten. Einige Katiba-Macina-Kämpfer in der Menge feuerten auf die Truppen zurück. Mindestens 20 ZivilistInnen und ein Dutzend mutmassliche Mitglieder von Katiba Macina wurden getötet.

In den darauf folgenden vier Tagen wurden dem Bericht zufolge mindestens 500 Menschen summarisch hingerichtet. Das Untersuchungsteam hat umfangreiche persönliche Angaben zur Identifizierung erhalten, darunter die Namen von mindestens 238 dieser Opfer. Zeugen berichteten, sie hätten «bewaffnete weisse Männer» gesehen, die eine unbekannte Sprache sprachen und an der Seite der malischen Streitkräfte operierten und manchmal den Anschein erweckten, als würden sie die Operationen überwachen. Laut Zeugenaussagen wurden die malischen Truppen täglich in Moura ein- und ausgewechselt, das ausländische Personal blieb jedoch während der gesamten Dauer der Operation.

Die Kolumne von Marionna Schlatter

Sustaining Peace: Die Schweiz braucht eine friedenspolitische Gesamtstrategie

Die Politik steht vor der grossen Herausforderung, dass die Krisen unserer Zeit sich nicht mehr in Departementen denken lassen: Die Klimaerhitzung betrifft nicht nur die Energie- und Umweltpolitik, sondern die Versorgungssicherheit, Gesundheits- und Sozialpolitik ebenfalls. Und dass Verteidigungspolitik nicht nur Armeepolitik ist, das ist mit dem Krieg gegen die Ukraine und der damit verbundenen Energieknappheit nun endlich angekommen. So hat das Parlament entschieden, den Bundesrat zu beauftragen, eine umfassende Strategie Sicherheit und Verteidigung zu erarbeiten. Eine solche Strategie fehlte bislang. Ein erster Schritt ist das Staatssekretariat für Sicherheit, das jüngst geschaffen wurde und das die zivile Sicherheit stärken und Sicherheit aus einer gesamtheitlichen Optik koordinieren soll.

Was ebenso fehlt, ist die Einsicht, dass es zur Sicherung eines nachhaltigen Friedens eine ebensolche Gesamtstrategie braucht, die alle Bemühungen vernetzt und koordiniert, die die «Daueraufgabe Frieden» strukturiert und von oberster Führungsebene koordiniert. Und diese Daueraufgabe ist jederzeit wichtig und nötig – vor der Eskalation! Die Gesamtstrategie wäre eine Chance, um zivile und militärische Konfliktbearbeitung abzustimmen und die heutige Wertung zu korrigieren. Das Parlament hat im Namen der Sicherheit das Armeebudget leichtfertig um Milliarden aufgestockt – dass dieses Geld nun ausgerechnet bei der zivilen Friedensförderung eingespart werden könnte, das wirkt fast zynisch.

«Sustaining Peace», diesen Titel trägt die Resolution der UNO aus dem Jahre 2016, die eine umfassende und koordinierte Herangehensweise an Frieden und Konfliktprävention fördern will. Diese Resolution betont einerseits den Schwerpunkt auf der Prävention und



andererseits den Auftrag, Friedenspolitik von der obersten Ebene zu führen, sodass sie in alle Politikfelder einfließt und als dauerndes Projekt verstanden wird. Denn das Projekt «Frieden» umfasst alle Departemente und alle Lebensbereiche.

Über meine Motion für die Erarbeitung einer friedenspolitischen Gesamtstrategie wird der Nationalrat diesen Monat befinden. Der Bundesrat lehnt die Motion ab, er hält sie für unnötig. Das verwundert nicht angesichts der mutlosen und passiven Friedenspolitik des Bundesrates. Es wird sich zeigen, ob das Parlament das Heft in die Hand nehmen will und die Motion überweist.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Grosser Schaden ohne Nutzen

Nachfolgend bringen wir die am 2. Mai 2023 eingereichte Vernehmlassung des Schweizerischen Friedensrates zur obigen Revision – siehe dazu auch den Bericht in der letzten Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** vom März 2023 («Frontalangriff auf den Zivildienst»). Ausserdem dokumentieren wir aus der Eingabe des Zivildienstverbandes Civiva die Bemerkungen zum angeblich unterdotierten Sollbestand des Zivilschutzes, mit dem dieser Angriff auf den Zivildienst begründet wird.

Der Schweizerische Friedensrat lehnt die geplante Vorlage grundsätzlich ab: den Zwang für Zivildienstleistende, Einsätze im Zivilschutz zu leisten. Das ist weder eine sachgemässe Weiterentwicklung des Zivilschutzes noch der Sicherheitspolitik im Ganzen, sondern ein Frontalangriff auf den gut funktionierenden Zivildienst, der durch diese Beschädigung weniger attraktiv werden soll.

Die Zivildienstleistenden sollen nicht mehr selber über ihr Einsatzgebiet entscheiden, sondern gezwungen werden können, statt Zivildienst Zivilschutzdienst zu leisten und dort länger Dienst zu leisten als die Zivilschützer – und so zu spüren, dass sie aus Sicht des VBS Bürger zweiter Klasse sind. Das nicht ehrlich ausgesprochene Ziel ist es, den Zivildienst weniger attraktiv zu machen, um so die «Abwanderung» aus dem Militär zu bremsen.

Ob damit die behaupteten, aber nicht wirklich belegten Bestandsprobleme der Armee «entschärft» werden könnten, ist sehr fraglich, würde dies doch jene, die nicht Militärdienst leisten wollen, umso mehr auf den «blauen Weg» abdrängen – eine staatspolitisch nicht erwünschte Entwicklung, die ausgerechnet das VBS fördern will.

Der vorgesehene Zwang würde grossen Schaden anrichten, ohne Nutzen zu stiften:

– Der Zwang ginge auf Kosten von Pflege und Betreuung, Umwelt- und Naturschutz. Es handelt sich dabei um die wichtigsten Einsatzbereiche des Zivildienstes mit grosser, wachsender Nach-

frage und sinkendem Angebot. Diese Einsatzbereiche liegen im Zuständigkeitsbereich der Kantone.

– Einsatzbetriebe und Zivildienstleistende könnten nicht mehr langfristig Einsätze planen und vereinbaren. Sie müssten jederzeit damit rechnen, dass das Bundesamt für Zivildienst das Aufgebot zum Einsatz (auch kurzfristig) verweigert oder einen laufenden Einsatz abbricht. Zivildienstleistende und Einsatzbetriebe verlören jede Planungssicherheit.

– Das liberale Erfolgsmodell des Zivildienstes, das weitgehend auf Eigenverantwortung von Einsatzbetrieben und Zivildienstleistenden setzt, würde beschädigt. Darunter würden Effizienz, Effektivität, Qualität und Motivation leiden.

– In der Betreuung der Flüchtlinge aus der Ukraine zeigt sich, dass der Zivildienst als Mittel des Bundes direkt eingesetzt werden kann – nicht bloss komplementär und subsidiär zum Zivilschutz: Bis April 2023 werden Zivildienstleistende zu Notlage-Einsätzen in den Bundesasylzentren aufgeboten, um knapp 140 Einsatzplätze zu besetzen. Für diese Einsätze werden auch Zivildienstleistende aus bereits aufgebotenen oder laufenden Einsätzen umgeteilt. Die Vernehmlassungsvorlage würde die Handlungsfähigkeit des Bundes, den Zivildienst im Rahmen der nationalen zivilen Sicherheitspolitik einzusetzen, schwächen.

– Der Zwang für Zivildienstleistende, im Zivilschutz Wiederholungskurse zu leisten, würde wohl erlauben, Zivildienstleistende im «Ereignisfall» rascher, gleichzeitig mit den Zivilschützern, das heisst innert Tagen statt innert Wochen, in den Einsatz zu bringen. Dazu besteht allerdings kein Bedarf. Selbst in der Covid-19-Pandemie hat sich kein solcher Bedarf gezeigt.

Bereits heute ist eine sehr weitgehende Zusammenarbeit von Zivildienst und Zivilschutz möglich:

– Zivildienstleistende können zu entsprechenden Ausbildungen verpflichtet werden.

– Zivildienstleistende können freiwillig

lig Dienst in Organisationen des Zivilschutzes leisten.

– In Katastrophen und Notlagen sowie in einem bewaffneten Konflikt können Zivildienstleistende zu Einsätzen in Organisationen des Zivilschutzes gezwungen werden.

Die Tatsache, dass der Bundesrat die aktuellen, weitgehenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Zivildienst und Zivilschutz verschweigt, kommt einer Irreführung gleich, weil die meisten Teilnehmer an der Vernehmlassung von falschen Annahmen ausgehen werden.

Umkehrung der Prioritäten von Sicherheitspolitik und Armee:

Wie wir schon mehrfach in Vernehmlassungen und Stellungnahmen ausgeführt haben, sind die Prioritäten von Sicherheitspolitik und Armee falsch gewichtet: 1. Autonome Verteidigung 2. Katastrophenhilfe 3. Friedensförderung.

Aus unserer Sicht ist eine Umkehrung zeitgemäss und damit würde endlich auch in der Sicherheitspolitik der Beitritt der Schweiz zur UNO nachvollzogen. Dass sich das VBS immer noch weigert, den von Volk und Ständen beschlossenen Beitritt zur UNO und ihrer Charta, die mit diesem Beschluss zu Schweizer Recht in Verfassungsrang geworden ist, umzusetzen, kann nicht anders als Befehlsverweigerung interpretiert werden.

Dabei hat die Schweiz gute Voraussetzungen, in internationaler Friedensförderung eine bedeutende Rolle zu spielen – doch das ist nicht das Thema dieser Vernehmlassung.

Hingegen wäre eine grundlegende Reorganisation der Katastrophenhilfe angesagt. Nicht nur wird dieses Problem immer grösser – global und schweizerisch –, und mit der Schaffung des Sicherheitsverbundes Schweiz wurde auch darauf reagiert; das ändert aber nichts daran, dass es keine verfassungsrechtlich klare Regelung für diesen Bereich gibt. Dafür eine Vorlage auszuarbeiten und in Vernehmlassung zu geben, wäre aus unserer Sicht eine positive Alternative zur vorliegenden Vorlage.

Fehlende Zivilschutz-Grundlagen

1. Zum Sollbestand des Zivilschutzes

Der erläuternde Bericht des Bundesrates beruft sich auf die Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ zur Legitimation des Sollbestandes. In der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ steht jedoch lediglich, 2010 habe der Effektivbestand 67'000 betragen, und von diesem Status quo ging die Strategie aus, allerdings ohne diesen Bestand zu begründen oder den Sollbestand zu erklären. Auch in der Botschaft zur Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes ist nirgends von einem Sollbestand die Rede, sondern es wird von einem vorgesehenen gesamtschweizerischen Zivilschutzbestand von 72'000 ausgegangen, ohne dass dieser begründet würde.

Trotzdem wird im erläuternden Bericht ausgeführt, dass der Rückgang dieses «Sollbestands» zwingend zu einem Leistungsabbau beim Zivilschutz führen werde, die Durchhaltefähigkeit, insbesondere bei länger dauernden Einsätzen, nicht mehr gewährleistet werden könne und bei personalintensiven Einsätzen, beispielsweise Instandstellungsarbeiten nach einem Katastrophenereignis, die Leistungsfähigkeit nicht mehr im selben Umfang sichergestellt werden könne. Alle diese Thesen können leider nicht mit Zahlen untermauert werden. CIVIVA fordert hier eine bedarfsorientierte Definition des Sollbestandes. Also anhand von welchen Katastrophen und Bedürfnissen benötigt die Schweiz einen schweizweiten Sollbestand von 72'000 Personen. Dabei sollen auch kantonale und regionale Sollbestände begründet werden.

Bei der Argumentation, dass die Durchhaltefähigkeit nicht mehr gegeben wäre bei länger dauernden Einsätzen, zeigen die Zahlen der Covid-19-Pandemie ein anderes Bild auf. Während gut zwei Jahren (Februar 2020 bis Ende März 2022) haben insgesamt 41'000 Zivilschutzangehörige rund 560'000 Zivilschutzdiensttage geleistet. Das sind durchschnittlich weniger als sieben Diensttage pro Person und Jahr, was im Rahmen des Courant normal liegt: Wiederholungskurse dauern in der Regel 4 bis 5 Tage (erläuternder Bericht).

Zusätzlich werden im Schnitt nur 84 Diensttage von 245 von den Zivilschutzleistenden geleistet. Somit wären durchschnittlich pro Zivilschutzleistende Person noch 161 Diensttage vorhanden, welche die Person zu leisten hätte, damit ist die Durchhaltefähigkeit in den Augen von Civiva eindeutig gewährleistet.

Weiter sind die Zahlen und Prognosen des Bundesrates zu den Rekrutierungszahlen nicht nachvollziehbar und viel zu tief angesetzt. Im Alimentierungsbericht, erster Teil, legt der Bundesrat dar, dass bei einer gleichbleibend tiefen Rekrutierungsquote von 3000 neu Rekrutierten pro Jahr für das Jahr 2030 von einem Bestand von 51'000 Zivilschutzangehörigen auszugehen sei. Nun zeigt sich aber, dass der Zivilschutz 2021 deutlich mehr Pflichtige aushob, nämlich 3523 neu Rekrutierte und 2022 gar 3911. Einen Unterbestand anhand von Prognosen, welche schon wenige Jahre später eindeutige Fehler aufweisen, heraufzubeschwören, ist aus der Sicht von Civiva unsaubere Arbeit. Auch hier wünscht sich Civiva eine Datengrundlage, welche näher an der Realität ist.

2. Die demografischen Entwicklungen

Im erläuternden Bericht wird zwar anerkannt, dass der Rückgang im Zivilschutz einerseits auf die differenzierte Taug-

lichkeit der Armee und andererseits auf die Reduktion der Dienstpflichtdauer zurückzuführen ist. Weiter wird im erläuternden Bericht der Vernehmlassung erwähnt, dass die demographische Entwicklung zu weniger stellungspflichtigen Männern führe. Die Statistiken des Bundesamtes für Statistik zeigen hingegen eindeutig, dass dem auch in Zukunft nicht so ist.

Gemäss Referenzszenario des BFS gilt: Die Zahl der 20-jährigen Schweizer Männer erreicht mit knapp 34'000 den Tiefpunkt im Jahr 2023. Danach steigt die Zahl kontinuierlich an, bis sie sich ab 2035 bei rund 38'000 einpendelt. Die Begründung der fehlenden Alimentierung aufgrund der demographischen Entwicklung ist somit falsch. Ebenfalls läuft momentan der Prozess der «Weiterentwicklung der Armee», wobei dabei wichtig ist, dass Stellungspflichtige ihre Rekrutierung bis zum 25. Altersjahr hinausschieben können. Konkrete Zahlen, wie viele Stellungspflichtige schlussendlich in den Zivilschutz kommen, kann erst mit dem Bericht zur Weiterentwicklung der Armee diesen Sommer erwartet werden. Im Alimentierungsbericht, erster Teil steht, dass eine wesentliche Ursache des Rückgangs die Einführung des flexiblen Beginns der Rekrutenschule sei.



Technologie ausser Kontrolle

Der Krieg in der Ukraine hat Erwartungen im Hinblick auf den Einsatz vollautonomer Waffensysteme geweckt. Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz ermöglichen, dass Waffensysteme immer autonomer werden. Die Parameter menschlicher Kontrolle über diese Systeme bleiben jedoch unklar.

/ Dominika Kunertova /

Die Situation auf dem Kriegsschauplatz in der Ukraine unterstreicht die Fragilität einer im Entstehen begriffenen Norm zur Begrenzung der Autonomie kritischer Funktionen von Waffensystemen. Der Krieg könnte die Entwicklung und den Einsatz sogenannter «Killer-Roboter» beschleunigen. Diese Waffen können autonom ohne menschliches Eingreifen agieren, einschliesslich der Fähigkeit, Ziele auszuwählen und zu bekämpfen, was durch Fortschritte in der künstlichen Intelligenz (nachfolgend KI) ermöglicht wird. Auch wenn Berichte über die Fähigkeiten autonomer Waffen mit Vorsicht zu bewerten sind, ist der abnehmende Grad menschlicher Kontrolle zweifelsohne ein Merkmal dieser neuen Generation von Waffensystemen. Die Notwendigkeit einer globalen Regulierung autonomer Waffensysteme war nie dringender als heute.

Die UNO-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte Gruppe von Regierungsexperten (GGE, nachfolgend Expertengruppe), die sich mit neuen Technologien im Bereich Letaler Autonomer Waffensysteme (LAWS, nachfolgend autonome Waffensysteme) befasst, ist im März und Mai 2023 erneut in Genf zusammengetroffen. Die Gruppe hat die Aufgabe, einen normativen und operativen Rahmen für autonome Waffensysteme zu entwickeln. Diese Debatten finden bereits seit etwa zehn Jahren im Rahmen des UNO-Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen (CCW, nachfolgend UNO-Konvention) statt. Bei den beiden Expertengruppentreffen in Genf nehmen neben Delegationen der UNO-Konventions-Vertragsstaaten, die ihre Beschlüsse

im Konsens fassen, auch TeilnehmerInnen aus der Zivilgesellschaft und akademischen Institutionen sowie von NGOs teil. Die Geschwindigkeit, mit der KI in militärische Systeme integriert wird, steht jedoch dem langsamen Fortschritt bei der Entwicklung eines internationalen Gouvernanzrahmens entgegen.

Dies ist problematisch, da Krieg eine zutiefst menschliche Angelegenheit bleibt und durch ein auf den Menschen ausgerichtetes Völkerrecht geregelt wird. Autonome Waffen werfen daher zahlreiche ethische, rechtliche und politische Fragen auf. Dennoch setzten nur wenige BeobachterInnen grosse Erwartungen in die diesjährigen Expertengruppentreffen.

Weitgehender Verhandlungsstillstand

In den vergangenen Jahren herrschte bei diesen Verhandlungen nicht nur weitestgehend Stillstand, sondern zudem beschränkte sich der Fokus auf mögliche zukünftige vollautonome Waffen, obwohl Militärs bereits Waffen mit immer höheren Autonomiegraden einsetzen. Weiter betrifft die militärische Nutzung von KI ein ganzes Spektrum von weiteren Anwendungen. Ferner verändern die Fortschritte hinsichtlich militärischer KI-Anwendungen weiterhin die Rolle des Menschen in kritischen Entscheidungsprozessen, wodurch eine sinnvolle menschliche Kontrolle immer schwieriger zu definieren und auszuüben ist.

Je länger die Verhandlungen in der Expertengruppe andauern, desto unwahrscheinlicher wird es, dass sie sich auf wirksame antizipatorische Massnahmen einigen kann, geschweige denn auf ein präventives Verbot vollautonomer Waffensysteme. Derzeit ist die technologische Entwicklung schneller als die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, sich auf Instrumente zu ihrer Regulierung zu einigen.

KI-Hype auf dem Gefechtsfeld

Vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 erwarteten BeobachterInnen, dass Russland bereits an der Entwicklung von «Killerrobotern» arbeiten würde. Diese Erwartung wurde 2017 durch die Ankündigung von

Präsident Putin genährt, dass die führende Nation im Bereich der KI die Welt beherrschen könne, und durch die 2021 folgende Nachricht, dass die russische Regierung massiv in autonome Drohnen investiert. Der Kauf von technologisch eher einfachen Drohnen aus dem Iran machte jedoch deutlich, dass Moskau bisher wohl noch über keine nennenswerten KI-gestützten Waffen verfügt.

Ein Jahr nach Kriegsbeginn gibt es keine direkten Beweise dafür, dass Russland «Killer-Roboter» entwickelt, geschweige denn auf dem Gefechtsfeld eingesetzt hat. Beide Seiten behaupten jedoch, dass der Einsatz vollautonomer Drohnen nur «ein Software-Upgrade» entfernt sei. Die ukrainische Militärführung verbietet derzeit den Einsatz vollautonomer Waffen. Sie lässt jedoch ebenfalls verlauten, dass vollautonome Drohnen der «nächste logische Schritt» in der Waffenentwicklung seien. Das öffentliche Wissen über die autonomen Fähigkeiten der in der Ukraine eingesetzten Drohnen stammt häufig aus nicht überprüfbaren Quellen und von Akteuren mit eigenen Interessen, etwa Drohnenherstellern, Kombattanten und Regierungsvertretern.

Zunehmende Autonomie

Die meisten BeobachterInnen bleiben skeptisch und warnen davor, die Fähigkeiten und den Grad der Autonomie existierender Systeme zu überschätzen. Die Behauptungen über voll autonome Waffen können jedoch beunruhigen, wenn man bedenkt, dass es bereits seit 20 Jahren Drohnen gibt, die autonom fliegen, Ziele identifizieren und verfolgen können. Die in der Ukraine eingesetzten russischen Systeme Lancet und KUB-BLA ähneln der türkischen Drohne Kargu-2. Nach Angaben der UNO-Expertengruppe für Libyen von 2020 soll diese Waffe so vorprogrammiert sein, dass sie Ziele ohne Datenverbindung zum Anwender angreifen kann. Dies bestreitet die türkische Regierung jedoch. Die neuste Entwicklung in einer Reihe von Drohnen mit zunehmender Autonomie ist die Lanius-Drohne von Elbit. Dieser kleine Quadcopter kann eigenständig menschliche Ziele identifizieren, obwohl das is-

raelische Unternehmen darauf besteht, dass ein Angriff nur mit menschlicher Zustimmung erfolgen kann.

Der Einsatz von KI auf dem Gefechtsfeld kann mit erheblichen Hindernissen verbunden sein. Mögliche Fehler und Systemausfälle beeinträchtigen die Zuverlässigkeit von autonomen Waffen. Die Folgen können Ineffizienzen oder sogar Völkerrechtsverstöße sein. Die häufigste Fehleinschätzung ist die Überschätzung der heutigen technologischen Möglichkeiten. Verfügbare Systeme basieren auf KI-Algorithmen, die für bestimmte Aufgaben trainiert wurden. Diese können in einer relativ stabilen Umgebung funktionieren, sind aber für die unvorhersehbaren Umstände des Gefechtsfeldes ungeeignet.

KI ist eine Schlüsseltechnologie

KI ist keine einzelne Plattform, sondern eine Schlüsseltechnologie, die sich mit anderen Technologiebereichen überschneidet. Zu den Anwendungsbereichen zählen beispielsweise Logistik, Navigation, Ressourcenallokation, Rekrutierung, Bilderkennung und Ausbildung. Tatsächlich kann KI autonomes Fahren, Datenmodellierung mit Big Data, Simulationen und Wargames, Informationsgewinnung und -auswertung sowie die Zielerfassung verbessern und Cyberoperationen steuern.

Die zunehmende Präsenz von KI bringt viele Herausforderungen für die Interaktion zwischen Mensch und Maschine mit sich. Mit der dritten Welle von KI-Modellen, die auf Deep Learning basieren, ist der Mensch nicht mehr nur eine Überwachungsinstanz, sondern kann gegenüber einem System auch die Rolle eines Teamkollegen einnehmen. Das bedeutet, dass die Mensch-Maschine-Interaktion im Gegensatz zu früheren Systemen, die der Mensch durch eine einseitige Top-down-Steuerung kontrollierte, nun bidirektional ist und sich wechselseitig beeinflusst. Dementsprechend prägt die Interaktion zwischen Mensch und Maschine das Konzept der bedeutsamen menschlichen Kontrolle.

Menschlicher Kontrollverlust

Die erfolgreiche Nutzung von KI durch eine effektive Zusammenarbeit zwischen Mensch und Maschine erfordert eine verständliche Benutzeroberfläche. Die Fähigkeit des Nutzers, bedeutsame menschliche Kontrolle über ein System ausüben zu können, kann durch bewusste Designentscheidungen beeinflusst



Ein Roboterhund wird auf dem REAIM-Gipfel (Responsible Artificial Intelligence in the Military) in Den Haag, Niederlande, am 15. Februar 2023 gezeigt.

werden. Diese Entscheidungen müssen sich an den Zielen der Vorhersagbarkeit und Verständlichkeit orientieren, um das sogenannte Black-Box-Problem zu vermeiden.

Menschen müssen jedoch auch technisch versiert sein, damit sie von den Fähigkeiten der KI profitieren und Fehlinterpretationen vermeiden können. Kognitive Verzerrungen wie übermäßiges Vertrauen in oder Ablehnung von Algorithmen sind die zentralen Barrieren für eine effektive Mensch-Maschine-Interaktion. Eine weitere Hürde ist die Unfähigkeit von Menschen, den schnellen KI-gestützten Entscheidungsfindungsprozess zu verstehen. Dies kann zu einem menschlichen Kontrollverlust führen und die Eskalation von Konflikten beschleunigen.

Guter Soldat, schlechter General

Des Weiteren ist zu bedenken, dass technologischer Fortschritt heute meist durch die Privatwirtschaft betrieben wird – so auch bei der KI. Für die jüngsten Durchbrüche sind die Technologiegiganten verantwortlich, die über genügend Rechenleistung für komplexe KI-Modelle verfügen. Sie bestimmen in ihrem Wettstreit um die KI-Führung ebenfalls, wer die Codierung von Daten kontrolliert. Das Militär verwendet nicht nur eigene militärische KI-Systeme, sondern ist teilweise hinsichtlich der Daten und Modelle zur Entwicklung eigener KI-Systeme auf Privatunternehmen angewiesen.

KI ist jedoch anfällig für fehlerhafte Dateneingaben, die unbeabsichtigte

Folgen haben können. Ausserdem werden die Daten nicht immer sorgfältig gesammelt oder kuratiert. Es besteht ebenfalls die Gefahr, dass Algorithmen manipuliert und für böswillige Zwecke missbraucht werden. Trotz dieser Risiken entstehen in vielen Ländern bereits militärisch-technologische Industriekomplexe, die KI-gestützte Fähigkeiten entwickeln und erwerben, um militärische Kommando- und Kontrollsysteme zu verbessern.

Die Integration von KI in militärische Systeme kann die Grenzen etablierter Mittel und Wege der Gewaltanwendung aufzeigen. Doch robotische Lösungen für militärische Probleme haben ebenfalls Grenzen. Big Data und maschinelles Lernen können den Menschen nicht zuverlässig ersetzen, wenn es darum geht, ein komplexes strategisches Umfeld zu verstehen. Zudem werden auch KI-gestützte Kriege mit Ungewissheiten und Reibungsverlusten verbunden sein, was die zentrale Bedeutung menschlicher Entscheidungen unterstreicht. KI ist ein guter Soldat, aber ein schlechter General.

Ein Regelwerk für autonome Waffen

Bei der Frage, ob das internationale Strafrecht und das humanitäre Völkerrecht für alle Waffen und Technologien gelten, gehen die Meinungen auseinander. Diejenigen, die der Ansicht sind, dass der Einsatz von KI-gestützten Waffen darin nicht ausdrücklich geregelt ist, warnen vor einem normativen Vakuum

Fortsetzung Seite 12

und unterschiedlichen Gesetzesauslegungen. Sie fordern ein Verbot vollautonomer Waffensysteme. Die Problematik der «Killerroboter» steht inzwischen auf der Agenda für Rüstungskontrolle und Abrüstung der UNO, und die UNO-Konvention ist in den Fokus der globalen Debatte über autonome Waffensysteme gerückt.

Die Notwendigkeit, die Autonomie kritischer Waffenfunktionen zu begrenzen, wurde innerhalb der Expertengruppe zu autonomen Waffensystemen von mehreren kontroversen Aspekten überschattet. Obwohl alle Vertragsstaaten grundsätzlich eine Begrenzung der Autonomie von Waffensystemen befürworten, ist es ihnen bisher nicht gelungen, die Parameter der menschlichen Kontrolle zu definieren, geschweige denn, sich auf ein Verbot vollautonomer Waffen zu einigen.

Roboterschwarm nicht kontrollierbar

Erstens tut sich die Expertengruppe bei der Einigung auf wichtige Definitionen schwer. Autonome Waffensysteme werden im Hinblick auf ihre Funktionen und aus der Perspektive des Menschen diskutiert. Das heisst dass a) Autonomie als plattformunabhängig verstanden wird und dass b) Diskussionen über die

Mensch-Maschine-Interaktion sich auf die Frage nach menschlicher Kontrolle fokussieren, da die Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts an menschliches Urteilsvermögen gebunden ist.

Es ist jedoch schwierig, zu definieren, was bedeutsame menschliche Kontrolle im Hinblick auf Maschinen bedeutet, die sich noch in der Entwicklung befinden und unser Verständnis von ihnen begrenzt ist. Ein Beispiel sind Roboterschwärme – sogenannte Collaborative Combat Aircrafts. Diese sind zwar noch nicht einsatzfähig, aber es ist bereits jetzt klar, dass eine direkte menschliche Kontrolle einzelner Robotereinheiten, die in einem Verbund operieren, kaum möglich und auch kontraproduktiv ist.

Welche Formen der Regulierung?

Zweitens entscheidet die Expertengruppe im Konsensverfahren. Dies wird problematisch, wenn divergierende nationale Interessen der Teilnehmerstaaten und Rivalitäten zwischen Grossmächten den inhaltlichen Fortschritt behindern. Zudem dürften sich autoritäre Regime nicht durch ethische und moralische Fragen von der Entwicklung militärischer KI-Anwendungen abbringen lassen. Auch wirtschaftliche und geostrategische Interessen spiegeln sich in den Präferenzen einzelner Länder für die Form einer möglichen Regulierung wider.

Diese reichen von rechtsverbindlichen Instrumenten im Rahmen der UNO-Konvention (1) über ein nicht verbindliches Instrument (2), die Umsetzung bestehender völkerrechtlicher Verpflichtungen (3) sowie Verbote und Regulierungen auf der Grundlage des humanitären Völkerrechts (4) bis hin zu keinen weiteren rechtlichen Massnahmen (5).

Gegen verbindliche Regelungen

Russland hat sich am deutlichsten gegen Regulierungsvorschläge ausgesprochen und die Verhandlungen seit Beginn des Krieges in der Ukraine boykottiert. China scheint eher an Bewilligungen als an Beschränkungen interessiert zu sein. Israel, Südkorea, die Türkei, die USA und Grossbritannien lehnen jegliche verbindliche Regulierung autonomer Waffensysteme ab.

Die Schweiz, eines der weltweit führenden Länder im Bereich Robotik und KI, lehnt ein präventives Verbot vor allem aus wirtschaftlichen Gründen ab. Die Schweiz hat sich jedoch einer Gruppe von Ländern angeschlossen, die sich für rechtlich verbindliche Massnahmen für autonome Waffensysteme im Rahmen eines «compliance-based approach» einsetzen, der das bestehende Völkerrecht respektiert. Die blockfreien Staaten stehen autonomen Waf-

Wie künstliche Intelligenz lernt

Künstliche Intelligenz beschreibt eine Technologie, mit der Maschinen menschliche Aufgaben übernehmen können. **Die wissenschaftliche Disziplin der KI befasst sich mit verschiedenen Techniken und Ansätzen für den Aufbau von intelligenten Systemen.** Bisherige intelligente Maschinen basieren auf sogenannter «schwacher KI», die auf spezifische Aufgaben oder ein Wissensgebiet beschränkt ist. Eine «allgemeine künstliche Intelligenz» bzw. «starke KI» gibt es (noch) nicht. Lange beruhte KI auf vorprogrammierten Regeln, doch exponentielles Datenwachstum im 21. Jahrhundert, gepaart mit leistungsfähiger Hardware und optimierten Algorithmen, hat die Weiterentwicklung und breitflächige Nutzung von maschinellem Lernen ermöglicht.

Durch maschinelles Lernen wird einem System beigebracht, aus Daten zu lernen und so mit der Zeit seine Entscheidungsfindungskompetenz zu verbessern. Es gibt drei Arten von maschinellem Lernen: überwachtes, unüberwachtes und bestärkendes Lernen. Das gängigste Modell ist überwachtes Lernen, bei dem die Algorithmen mit zuvor gekennzeichneten Daten «gefüttert» werden. Die Maschine lernt anhand der Muster, die sie aus den zuvor bereitgestellten Daten erkennt, Vorhersagen für neue Daten zu treffen. Beim unüberwachten Lernen findet die Maschine selbst Erkenntnisse in den Daten. Das bestärkende Lernen schliesst Interaktionen mit der Umgebung mit ein, damit die Maschine lernt, erhaltenes Feedback bei ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Ein wichtiger Teilbereich des maschinellen Lernens ist Deep Learning.

Diese Technik nutzt neuronale Netze, für die Struktur und Funktionsweise des menschlichen Gehirns als Inspiration dienen. Deep Learning eignet sich für die Objekterkennung, die Verarbeitung natürlicher Sprache, die Übersetzung von Sprachen und die Erkundung von Umgebungen. Einige hybride KI-Modelle kombinieren mehrere Arten des maschinellen Lernens. Als neuester KI-Trend gelten generative Modelle, die sowohl überwachtes als auch unüberwachtes maschinelles Lernen nutzen.

fen kritisch gegenüber und unterstützen die Regulierung ihrer Entwicklung und ihres Einsatzes. Auch die Gruppe afrikanischer Staaten fordert ein Moratorium für die Entwicklung und Produktion autonomer Waffensysteme.

Elf Leitprinzipien für die KI

Angeichts dieser unterschiedlichen Positionen halten es einige Beobachter für die beste Lösung, die Debatte aus dem UNO-Rahmen herauszulösen und die Entscheidung über ein rechtsverbindliches Instrument ausserhalb der UNO-Konvention zu treffen. Ein solches Vorgehen kennt man bereits aus der Vergangenheit, als innerhalb der UNO kein Konsens über ein Verbot von Landminen erzielt werden konnte. Abrüstungskampagnen setzten sich dafür ein, die Beratungen nach aussen zu verlagern, was 1998 zur Ottawa-Konvention führte.

Aufgrund des doppelten Verwendungszwecks und des digitalen Charakters der relevanten Technologien, des breiten Spektrums der beteiligten Akteure, der Bedeutung ziviler Technologien, die durch KI ermöglicht werden, und des derzeitigen politischen Umfelds dürften freiwillige Massnahmen auf kurze Sicht bessere Erfolgsaussichten haben. Auf Empfehlung der Expertengruppe zu autonomen Waffensystemen haben sich die UNO-Konventions-Vertragsstaaten 2019 auf elf Leitprinzipien für autonome Waffensysteme verständigt. Dieses Dokument hat jedoch nur deklaratorischen Charakter und geht nicht näher auf die Bedeutung von menschlicher Kontrolle ein.

Auf regionaler und nationaler Ebene wird bereits versucht, Regeln für eine breitere militärische Nutzung von KI festzulegen. 2021 verabschiedete die Nato beispielsweise eine eigene KI-Strategie mit sechs Prinzipien für eine verantwortungsvolle Nutzung von KI im Verteidigungsbereich. Im Januar 2023 veröffentlichte das Pentagon seine überarbeitete und erweiterte Richtlinie zu Autonomie in Waffensystemen. Diese schliesst die Entwicklung autonomer Waffen zwar nicht aus, sieht aber ein strenges Prüfverfahren für solche Waffenprogramme vor und skizziert zusätzlich ethische Prinzipien für KI.

KI-Regulierung: Bedenken

Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass eine im Entstehen begriffene Norm zur Begrenzung der Autonomie in kriti-

Die Leitprinzipien zu autonomen Waffensystemen

a Das humanitäre Völkerrecht gilt weiterhin vollumfänglich für alle Waffensysteme, einschliesslich der potenziellen Entwicklung und Nutzung von LAWS.

b Die Verantwortung für Entscheidungen über den Einsatz von Waffensystemen [während des gesamten Lebenszyklus des Systems] tragen weiterhin Menschen, da die Rechenschaftspflicht nicht auf Maschinen übertragen werden kann.

c Die Mensch-Maschine-Interaktion [...] soll sicherstellen, dass die potenzielle Nutzung von Waffensystemen, die auf neuen Technologien im Bereich von LAWS basieren, in Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht, insbesondere dem humanitären Völkerrecht, erfolgt [...].

d Die Rechenschaftspflicht für die Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung aller neuen Waffensysteme [...] ist im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht sicherzustellen [...].

e In Übereinstimmung mit den Verpflichtungen der Staaten gemäss Völkerrecht ist bei der Erforschung, der Entwicklung, dem Erwerb oder der Übernahme neuer Waffen, Mittel oder Methoden der Kriegsführung zu ermitteln, ob ihr Einsatz unter bestimmten oder allen Voraussetzungen gegen das Völkerrecht verstossen würde.

f Bei der Entwicklung oder dem Erwerb neuer Waffensysteme [...] sind die

physische Sicherheit, geeignete nicht-physische Schutzmassnahmen (einschliesslich Cybersicherheit gegen Hackerangriffe oder Datenmanipulation), das Risiko, in die Hände terroristischer Gruppen zu gelangen, und die Gefahr einer Verbreitung zu berücksichtigen.

g Massnahmen zur Risikoanalyse und -minimierung sollen Teil der Planung, der Entwicklung, der Tests und des Bereitstellungszyklus von Technologien in sämtlichen Waffensystemen sein, die im Entstehen sind.

h Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und weiterer völkerrechtlicher Verpflichtungen ist bei der Nutzung neuer Technologien im Bereich von LAWS zu berücksichtigen.

i Bei der Festlegung potenzieller politischer Massnahmen sollen neue Technologien im Bereich von LAWS nicht vernachlässigt werden.

j Debatten und potenzielle politische Massnahmen [...] sollen den Fortschritt einer friedlichen Nutzung intelligenter autonomer Technologie und den Zugang dazu nicht behindern.

k Das CCW bietet einen geeigneten Rahmen für den Umgang mit neuen Technologien im Bereich von LAWS [...], um ein Gleichgewicht zwischen der militärischen Notwendigkeit und humanitären Überlegungen herzustellen.

schen Funktionen von Waffensystemen schwach ist. Dass ein rechtlich verbindliches internationales Abkommen über vollautonome Waffen zustande kommt, ist jedoch ebenfalls unwahrscheinlich. Die Grossmächte wollen nicht auf die Möglichkeit verzichten, Waffen zu entwickeln, die ihnen einen strategischen Vorteil verschaffen könnten. Informelle internationale Gouvernanzinstrumente wie private Normen und Standards, Verhaltenskodizes und transnationale Dialogforen könnten der Rüstungskontrolle dienen.

Wichtig ist, dass bereits existierende KI-Systeme und ihr militärischer Einsatz vertrauensbildende Massnahmen erfordern. Dazu gehören Entwicklungsstandards für Informationsweitergabe und Benachrichtigungen innerhalb eines angemessenen rechtlichen und politischen Rahmens.

Technologie benötigt menschliche Institutionen, um ihren Einsatz zu regeln. Schnell fortschreitende technologische Entwicklungen und die Digitalisierung und Verbreitung neuer Waffen deuten jedoch auf einen generellen Trend hin, dass technologischer Fortschritt die internationalen Bemühungen zu seiner Regulierung überholt. Es ist unwahrscheinlich, dass die diesjährigen Treffen der Expertengruppe etwas daran ändern werden.

CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 320 vom März 2023. Die CSS-Analysen werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Abdruck mit freundlicher Genehmigung. Die Untertitel stammen von der Redaktion. **Dominika Kunertova** ist Senior Researcher im Team Globale Sicherheit am Center for Security Studies.

KRIEGSGEWINNE BESTEUERN!



Wie die Schweizer Rüstungsindustrie vom Krieg profitiert

Die Aufrüstung von Putins Armee

Nicht nur was das Füllen von Putins Kriegskasse betrifft, spielt die Schweiz eine wichtige Rolle. Auch Putins Armee wurde über Jahre mit Schweizer Dual-Use-Gütern aufgerüstet. Dual-Use-Güter kommen sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke zum Einsatz. Davon haben Rüstungsfirmen in der Schweiz, die solche Dual-Use-Güter herstellen und exportieren, massiv profitiert.

Schlupflöcher für Triebwerke

Bereits 2014 hätten aufgrund der Sanktionen nach der Annexion der Krim praktisch keine Dual-Use-Güter mehr nach Russland geliefert werden dürfen. Die EU-Sanktionen gegenüber Russland beinhalteten sogar ein totales Exportverbot für Dual-Use-Güter mit militärischem Zweck. Die Schweiz sollte dies mit entsprechenden Massnahmen sicherstellen. 2015 verbot das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco den Export von Werkzeugmaschinen. Die Begründung dafür war, dass diese in Russland zu militärischen Zwecken verwendet würden. Gegen diesen Beschluss wurde ein umfangreiches Lobbying von bürgerlicher Seite aufgegleist.

Für die Schweizer Maschinenbaubranche war Russland ein wachsender Markt. Nach dem Einbruch der Exporte intervenierten VertreterInnen der Schweizer Maschinenindustrie. Sie forderten, dass die Ausfuhrpraxis gelockert werden müsse. Also reichte die damalige St. Galler Ständerätin Keller-Sutter im Dezember 2015 einen Vorstoss ein, in dem sie das «faktische Exportverbot» für Dual-Use-Güter kritisierte und den Schaden für den Industriestandort

Schweiz betonte. So forderte sie im Vorstoss eine Lockerung zugunsten der betroffenen Schweizer Firmen und somit auch Putins Luftwaffe. Die Hälfte des Ständerates unterzeichnete den Vorstoss.

2016 gab der Bundesrat schliesslich mit folgender Begründung nach: Bei der Beurteilung von Gesuchen für die Ausfuhr nach Russland dürfe es «keine ideologischen Prüfkriterien» geben. Ab diesem Zeitpunkt bewilligte das zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) praktisch alle Dual-Use-Güter nach Russland. Zwischen Anfang 2016 und Ende 2021 waren das rund 1300, die zivil und militärisch genutzt werden können.

Unter den Exporten befanden sich auch rund 120 Spezialmaschinen von Schweizer Maschinenbauunternehmen, mit denen hochpräzise gefräst und geschliffen werden kann. Diese Maschinen braucht man unter anderem für die Herstellung von Flugzeugtriebwerken – von zivilen wie auch militärischen Flugzeugen. Es ist demnach möglich, dass diese Spezialmaschinen aus der Schweiz in Russland auch zur Herstellung von Triebwerken militärischer Flugzeuge gebraucht wurden. Von Flugzeugen, die die russische Luftwaffe zurzeit im Ukrainekrieg einsetzt. Das Problem: Für die Behörden ist dies kaum überprüfbar.

Profiteure der Aufrüstung Putins

Bis zum 4. März 2022, als die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland übernahm, konnten Werkzeugmaschinen, die nicht als Dual-Use-Gut deklariert waren, ohne gesetzliche Restriktionen nach Russland ausgeführt, vermittelt und

verkauft werden. Seither sind sie auf den Sanktionslisten und zur Ausfuhr nach Russland verboten. Von den Schlupflöchern haben bis zu diesem Zeitpunkt verschiedene Schweizer Firmen profitiert. Eine Recherche von InformNapalm, in der JournalistInnen, ExpertInnen und AktivistInnen das russische Beschaffungswesen bewertet haben, zeigt, dass mehrere Schweizer Lieferungen in die Hände von russischen Rüstungsfirmen geraten sind. Sie listen fünf Schweizer Firmen auf: GF Machining Solutions, Fritz Studer AG, Codere SA, Sylvac SA sowie die Galika AG. Letztere nahm bei mehreren Exportgeschäften mit den anderen genannten Firmen eine Rolle als Zwischenhändlerin ein.

Wie die Galika AG konkret vom Krieg in der Ukraine profitiert, lässt sich an folgendem Beispiel aufzeigen: Die russischen Steuerbehörden haben mindestens acht Unternehmen verzeichnet, die mit der Swiss Galika AG in Russland verbunden sind. Eines davon ist Galika-Met, das in einem Moskauer Vorort registriert ist. Laut einer russischen öffentlichen Ausschreibung hätte das Unternehmen bis zum 1. Mai 2022 technische Ausrüstung der Schweizer GF Machining Solutions geliefert, montiert und in Betrieb genommen. Der Vertrag umfasst 407 Millionen russische Rubel, was ungefähr 4,7 Millionen Schweizer Franken entspricht. Auftraggeber ist der zum russischen Konzern Rostech gehörende Motorenhersteller Kusnezow – das grösste Flugzeugtriebwerksdesignunternehmen in Russland.

Somit haben Schweizer Konzerne mithilfe von Lobbyarbeit aus dem Schweizer Parlament Putin aufgerüstet.

Dual-Use-Exporte sind kein kleiner finanzieller Posten. Von 2016 bis 2021 wurden Dual-Use-Güter im Gesamtwert von 16,5 Milliarden Franken aus der Schweiz exportiert. Die Schweizer Exporte von klassischem Kriegsmaterial beliefen sich in diesem Zeitraum auf 3,7 Milliarden Franken. Über Jahre profitierten in der Schweiz ansässige Rüstungsfirmen von den Kriegsplänen Putins und dem Wegschauen der bürgerlichen Parteien. Heute steht die Schweiz

in der Verantwortung und Pflicht, der Ukraine zu helfen. Ein Weg dazu wäre, die Gewinne von Kriegsprofiteuren, die den Krieg mit angeheizt haben, höher zu besteuern und in den Wiederaufbau der Ukraine fliessen zu lassen.

Was ist eine Übergewinnsteuer?

Eine Übergewinnsteuer bezeichnet eine Steuer, die Gewinne von Unternehmen abschöpft, die über einen «Normalgewinn» hinausgehen. Die Idee einer Über-

gewinnsteuer ist in der Vergangenheit mehrheitlich in Kriegszeiten umgesetzt worden. Anlass dafür waren zum einen der gestiegene öffentliche Finanzbedarf, zum anderen die stark gestiegenen Gewinne bestimmter Branchen, die wirtschaftlich vom Krieg profitierten. Man spricht deshalb auch von einer Kriegsgewinnsteuer. Ziel ist es, jene Unternehmen oder Branchen, denen Krisen besonde-

Fortsetzung Seite 18

Brief an die Mitglieder des National- und Ständerates

Mit 15 zu 10 Stimmen lehnte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates die parlamentarische Initiative «Kriegsgewinne mit einer Windfall Profit Tax besteuern» am 24. Mai 2023 ab. Diese verlangt die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer für Konzerne, die in Folge des Krieges gegen die Ukraine massive Profite einstreichen konnten. Damit verpasste es die Kommission, Verantwortung für den Schweizer Rohstoffplatz und dessen Rolle im Krieg gegen die Ukraine zu übernehmen. Eine breite Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und NGOs, darunter der Schweizerische Friedensrat, fordert in einem offenen Brief das Parlament auf, dies im Nationalrat zu korrigieren.

«Seit über einem Jahr herrscht in Europa Krieg. Putin und sein Regime bringen unvorstellbares Leid über die Ukraine. In solchen krisengetriebenen Zeiten sprechen wir oft von Solidarität, viel zu wenig aber über Verantwortung. Während die Energie- und Nahrungsmittelpreise steigen, profitieren eine Handvoll Konzerne von diesen Krisenzeiten.

Die Schweiz hat Putin mit aufgerüstet. Unter anderem über den Rohstoffhandelsplatz: Mehr als ein Drittel der russischen Staatseinnahmen stammten vor Kriegsausbruch aus Geschäften mit Öl und Gas. Gemäss Schätzungen der NGO Public Eye, wurden 2021 50 bis 60 Prozent des russischen Erdöls und 75 Prozent der russischen Kohle über die Rohstoffhandelszentren Genf, Zug, Lugano und Zürich gehandelt.

Ausgerechnet diejenigen, die mit diesen Geschäften dazu beigetragen ha-

ben, Putins Kriegskasse zu füllen, sind nun auch jene, die von den kriegsbedingten Marktverwerfungen am meisten profitieren. Im Verlauf des letzten Jahres sind aufgrund von Börsenspekulation, Engpässen, Schwierigkeiten bei der Logistik und Sanktionen die Rohstoffpreise dermassen in die Höhe geschossen, dass hiesige Konzerne wie Glencore oder Cargill Krisengewinne in Milliardenhöhe erzielen.

Allein in den ersten sechs Monaten von 2022 wurde teils mehr Geld in die Konzernkassen gespült als im gesamten Geschäftsjahr 2021. Fürs Geschäftsjahr 2022 präsentierten die Rohstoffhändler erneut Rekordzahlen: So steigerte der Rohstoffkonzern Glencore im Jahr 2022 seinen Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um 248 Prozent – und erwirtschaftete mit 17 Milliarden US-Dollar knapp 3,5-mal so viel wie im Jahr zuvor. Eine exorbitante Profitsteigerung verbuchte der Genfer Konzern Vitol, grösster Erdölhändler der Welt. Mit 15 Milliarden US-Dollar ist der Profit aus dem Jahr 2022 so hoch wie die kombinierten Gewinne aus den sechs Jahren zuvor. Auch die Agrarhändler schrieben 2022 historische Gewinne. Cargill, mit globalem Handels- und Frachtgeschäft in Genf, erwirtschaftete mit knapp 6,7 Milliarden US-Dollar den grössten Gewinn der Firmengeschichte.

Seit jeher hat die Schweiz mit ihrer Tiefsteuerepolitik die «idealen» Bedingungen für eben diese Konzerne geschaffen. Gleichzeitig wird jegliche Forderung nach verbesserter Transparenz und Regulierung des Rohstoffsektors im Parlament grösstenteils vom Tisch gewischt. Doch wegzuschauen ist auch

ein politischer Entscheid. Damit trägt die Schweiz als Drehscheibe russischer Energieträger und Steueroase von Rohstoff- und Agrarhandelskonzernen eine historische und politische Mitverantwortung in diesem Krieg.

Sie steht der Ukraine gegenüber in der Schuld. Ihrer Verantwortung wird die Schweiz bis anhin jedoch in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil rangiert sie bezüglich finanzieller Unterstützung der Ukraine im internationalen Vergleich weit hinten. Die Kosten für den Wiederaufbau wurden Ende 2022 auf 750 Milliarden Franken geschätzt. Die Schweiz kann und muss aufgrund ihrer Verantwortung dafür einen signifikanten Beitrag leisten.

Wir fordern Sie deshalb auf, eine Übergewinnsteuer, wie sie auch in europäischen Staaten umgesetzt wird, für die Rekordgewinne von Rohstofffirmen einzuführen und diese Gelder für den zivilen und ökologischen Wiederaufbau der Ukraine einzusetzen sowie der parlamentarischen Initiative 22.457 *Kriegsgewinne mit einer Windfall Profit Tax besteuern* Folge zu geben. Diese stellt einen ersten Schritt zur Einführung einer Übergewinnsteuer dar. Die Schweiz würde damit dem Beispiel mehrerer anderer europäischer Länder folgen und als Teil der internationalen Staatengemeinschaft dazu beitragen, die immensen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Krieges abzufedern und einen bedeutenden Beitrag für den globalen Frieden zu leisten.

Weitere Informationen und Petitionsbogen unter www.kriegsgewinne.ch.

Friedenseinsätze



UN Peacekeeping-Einsätze

- MINURSO** | UN Mission for the Referendum in Western Sahara, seit 04/1991, int. Personal 283
- MINUSCA** | UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic, seit 04/2014, int. Personal 15.325
- MINUSMA** | UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali, seit 07/2013, int. Personal 14.811
- MONUSCO** | UN Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo, seit 07/2010, int. Personal 15.095
- UNDOF** | UN Disengagement Observer Force, Israel/Syrien, seit 06/1974, int. Personal 1.078
- UNFICYP** | UN Peacekeeping Force in Cyprus, seit 03/1964, int. Personal 904
- UNIFIL** | UN Interim Force in Lebanon, seit 03/1978, int. Personal 10.071
- UNISFA** | UN Interim Security Force for Abyei, seit 06/2011, int. Personal 2.336
- UNMIK** | UN Interim Administration Mission in Kosovo, seit 06/1999, int. Personal 108
- UNMISS** | UN Mission in the Republic of South Sudan, seit 07/2011, int. Personal 16.190
- UNMOGIP** | UN Military Observer Group in India and Pakistan, seit 01/1949, int. Personal 63
- UNTSO** | UN Truce Supervision Organization, Israel/Palästinensische Gebiete, seit 05/1948, int. Personal 226



UN Special Political Missions

- BINUH** | UN Integrated Office in Haiti, seit 10/2019, int. Personal 66
- UNAMA** | UN Assistance Mission in Afghanistan, seit 03/2002, int. Personal 244
- UNAMI** | UN Assistance Mission for Iraq, seit 08/2003, int. Personal 499
- UNITAMS** | UN Integrated Transition Assistance Mission in Sudan, seit 06/2020, int. Personal 145
- UNMHA** | UN Mission to Support the Hudaydah Agreement, seit 01/2019, int. Personal 43
- UNOCA** | UN Regional Office for Central Africa, seit 01/2011, int. Personal 27
- UNOWAS** | UN Office for West Africa and the Sahel, seit 02/2002, int. Personal 46
- UNRCCA** | UN Regional Centre for Preventive Diplomacy for Central Asia, seit 12/2007, int. Personal 7
- UNSCO** | Office of the UN Special Coordinator for the Middle East Peace Process, seit 10/1999, int. Personal 29
- UNSCOL** | Office of the UN Special Coordinator for Lebanon, seit 02/2007, int. Personal 18
- UNSMIL** | UN Support Mission in Libya, seit 09/2011, int. Personal 401
- UNSOM** | UN Assistance Mission in Somalia, seit 06/2013, int. Personal 799
- UNVMC** | UN Verification Mission in Colombia, seit 09/2017, int. Personal 235



EU-Einsätze

- EUAM Iraq** | EU Advisory Mission in Iraq, seit 10/2017, int. Personal 63
- EUAM RCA** | EU Advisory Mission in the Central African Republic, seit 12/2019, int. Personal 50
- EUAM Ukraine** | EU Advisory Mission for Civilian Security Sector Reform Ukraine, seit 07/2014, int. Personal 159
- EUBAM Libya** | EU Border Assistance Mission in Libya, seit 05/2013, int. Personal 57
- EUBAM Moldova and Ukraine** | EU Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine, seit 12/2005, int. Personal - ***
- EUBAM Rafah** | EU Border Assistance Mission for the Rafah Crossing Point, seit 11/2005, int. Personal 9
- EUCAP Sahel Mali** | EU Capacity Building Mission in Mali, seit 04/2014, int. Personal 145
- EUCAP Sahel Niger** | EU Capacity Building Mission in Niger, seit 08/2012, int. Personal 127
- EUCAP Somalia** | EU Capacity Building Mission in Somalia, seit 09/2012, int. Personal 135
- EUFOR Althea** | EU Force in Bosnia and Herzegovina, seit 12/2004, int. Personal 850
- EULEX Kosovo** | EU Rule of Law Mission in Kosovo, seit 02/2008, int. Personal 222
- EUMAM Ukraine** | EU Military Advisory Mission in Ukraine, seit 11/2022, int. Personal - ***
- EUMM Georgia** | EU Monitoring Mission in Georgia, seit 09/2008, int. Personal 221
- EUNAVFOR MED Operation Irini** | EU Naval Force - Mediterranean, seit 02/2020, int. Personal 654
- EUNAVFOR Somalia - Operation Atalanta** | EU Naval Force - Somalia, seit 12/2008, int. Personal 520
- EUPOL COPPS** | EU Police Co-ordinating Office for Palestinian Police Support, seit 01/2006, int. Personal 62
- EUTM Mali** | EU Training Mission in Mali, seit 02/2013, int. Personal 628
- EUTM Mozambique** | EU Training Mission in Mozambique, seit 07/2021, int. Personal 101
- EUTM RCA** | EU Training Mission in the Central African Republic, seit 07/2016, int. Personal 90
- EUTM Somalia** | EU Security Training Mission in Somalia, seit 04/2010, int. Personal 171
- RACC** | Regional Advisory and Coordination Cell seit 02/2019, int. Personal 28



Vereinte Nationen, Department of Peace Operations (DPO)

M: 65.369 (1.245), P: 7.558 (3), Z: 3.563 (29)



Vereinte Nationen, Department of Political and Peacebuilding Affairs (DPPA)

M: 1.173 (0), P: 97 (3), Z: 1.289 (22)



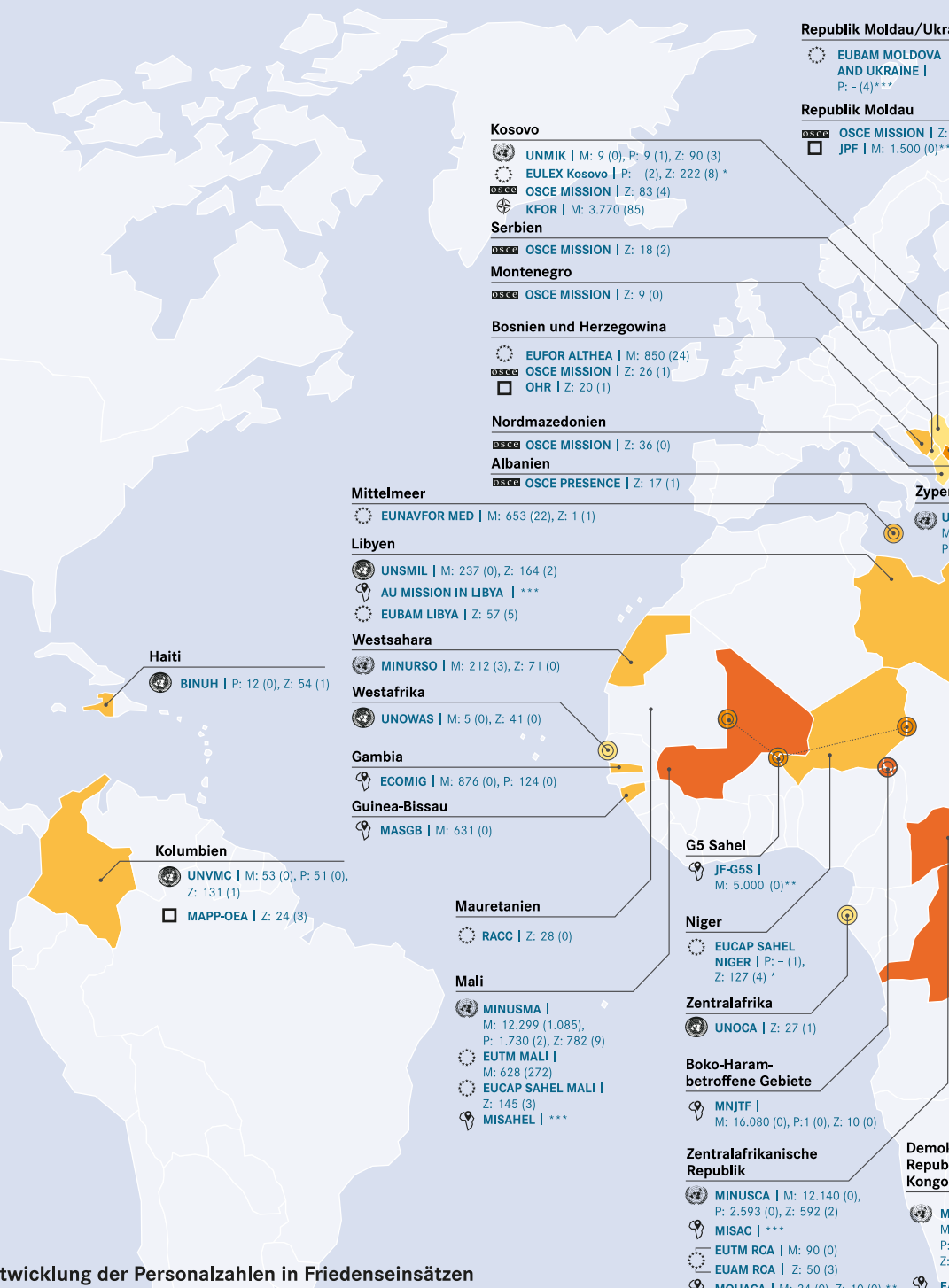
Europäische Union (EU)

M: 3.008 (318), P: 0 (40), Z: 1.284 (62)



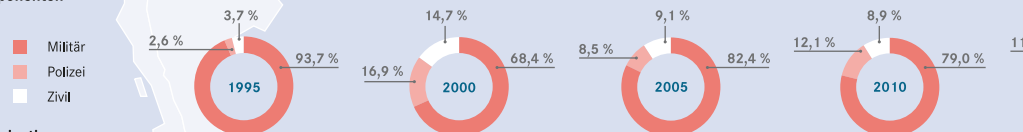
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

M: 0 (0), P: - (4)***

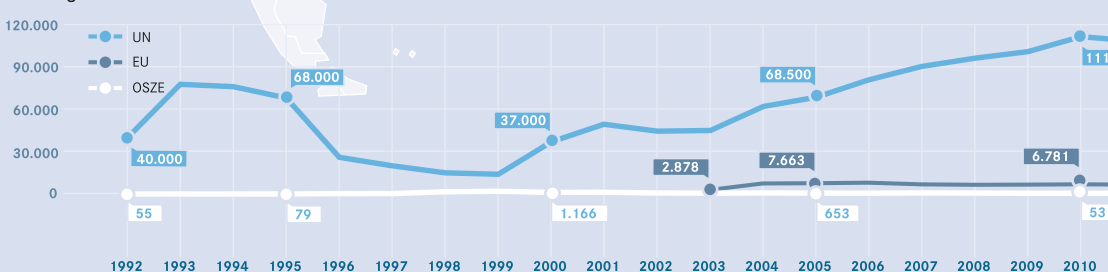


Entwicklung der Personalzahlen in Friedenseinsätzen

Nach Komponenten



Nach Organisationen



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

P: 0 (0), Z: 253 (14)



Afrikanische Union (AU) und afrikanische subregionale Organisationen

M: 43.162 (0), P: 1.005 (0), Z: 93 (0)



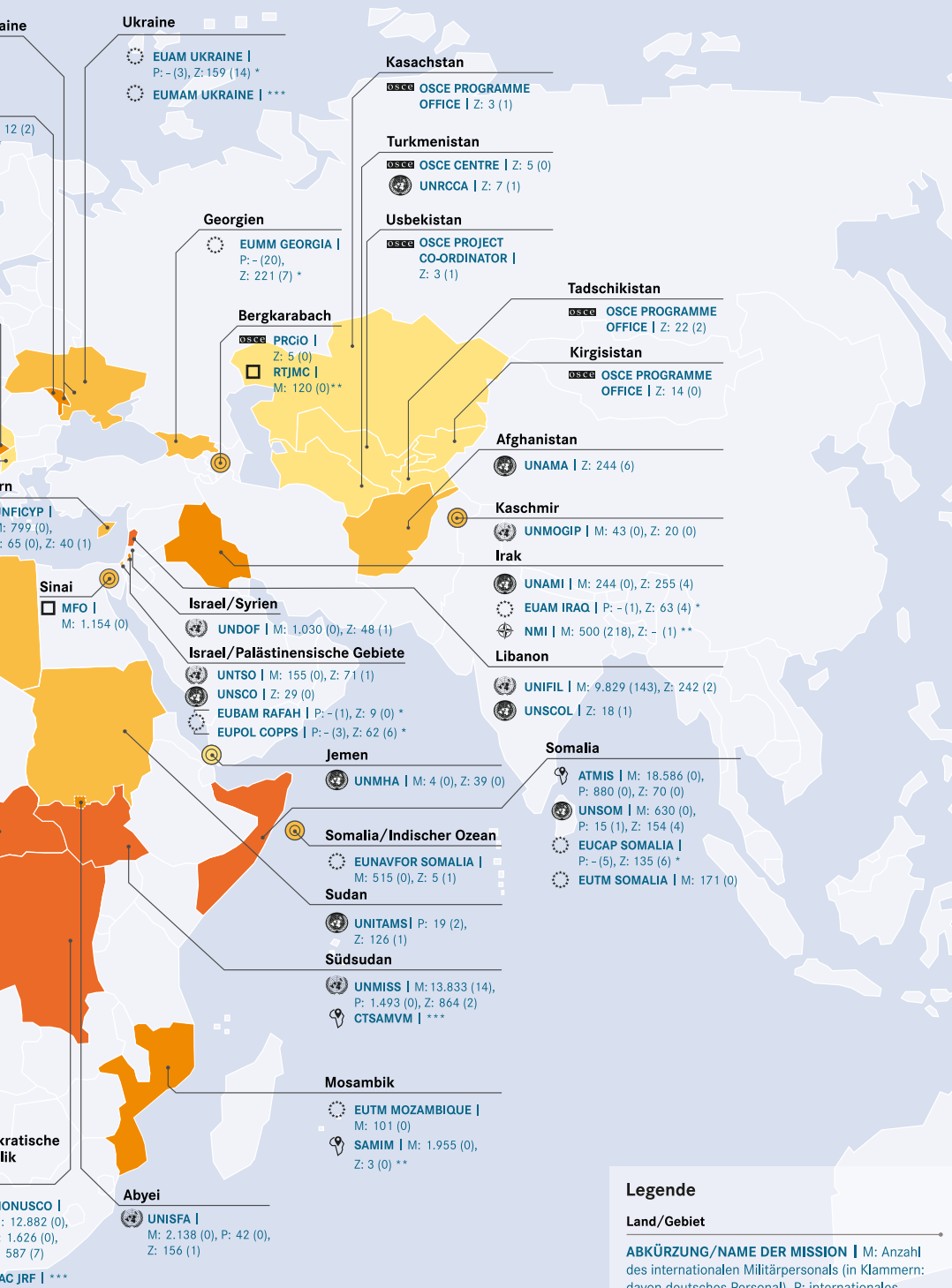
Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

M: 4.270 (303), P: 0 (0), Z: 0 (1)



Andere Organisationen

M: 2.774 (0), P: 0 (0), Z: 44 (4)



OSCE OSZE-Feldoperationen

OSCE Centre in Ashgabat | Turkmenistan, seit 01/1999, int. Personal 5

OSCE Mission in Kosovo | seit 06/1999, int. Personal 83

OSCE Mission to Bosnia and Herzegovina | seit 12/1995, int. Personal 26

OSCE Mission to Moldova | seit 02/1993, int. Personal 12

OSCE Mission to Montenegro | seit 06/2006, int. Personal 9

OSCE Mission to Serbia | seit 01/2001, int. Personal 18

OSCE Mission to Skopje | Nordmazedonien, seit 12/1992, int. Personal 36

OSCE – Personal Representative of the Chairperson-in-Office on the Conflict Dealt with by the OSCE Minsk Conference (PRCIO) | Bergkarabach, seit 08/1995, int. Personal 5

OSCE Presence in Albania | seit 03/1997, int. Personal 17

OSCE Programme Office in Astana | Kasachstan, seit 07/1998, int. Personal 3

OSCE Programme Office in Bishkek | Kirgisistan, seit 07/1998, int. Personal 14

OSCE Programme Office in Dushanbe | Tadschikistan, seit 07/2008, int. Personal 22

OSCE Project Co-ordinator in Uzbekistan | seit 06/2006, int. Personal 3



AU und afrikanische subregionale Einsätze

ATMIS | African Union Transition Mission in Somalia, seit 04/2022, int. Personal 19.536

AU Mission in Libya | seit 02/2020, int. Personal – ***

CTSAMVM | IGAD Ceasefire and Transitional Security Arrangements Monitoring and Verification Mechanism, Südsudan, seit 05/2016, int. Personal – ***

EAC JRF | EAC Joint Regional Force, seit 09/2022, int. Personal – ***

ECOMIG | ECOWAS Mission in The Gambia, seit 01/2017, int. Personal 1.000

JF-G5S | Joint Force of the G5 Sahel, seit 07/2017, int. Personal 5.000**

MASGB | ECOWAS Stabilisation Support Mission to Guinea-Bissau, seit 06/2022, int. Personal 631

MISAC | AU Mission for the Central African Republic and Central Africa, seit 09/2014, int. Personal – ***

MISAHIL | AU Mission for Mali and the Sahel, seit 08/2013, int. Personal – ***

MNJTF | Multinational Joint Task Force, Boko-Haram-betroffene Gebiete, seit 03/2015, int. Personal 16.091

MOUACA | AU Military Observer Mission to the Central African Republic, seit 07/2020, int. Personal 44**

SAMIM | SADC Mission in Mozambique, seit 07/2021, int. Personal 1.958**



NATO-Einsätze

KFOR | Kosovo Force, seit 06/1999, int. Personal 3.770

NMI | NATO Mission Iraq, seit 10/2018, int. Personal 500**

Andere Einsätze

JPF | Joint Peacekeeping Force, Republik Moldau, seit 07/1992, int. Personal 1.500**

MAPP-OEA | Mission to Support the Peace Process in Colombia - Organization of American States, seit 02/2004, int. Personal 24

MFO | Multinational Force and Observers, Sinai, seit 04/1982, int. Personal 1.154

OHR | Office of the High Representative, Bosnien und Herzegowina, seit 12/1995, int. Personal 20

RTJMC | Russo-Turkish Joint Monitoring Center, Bergkarabach, seit 11/2020, int. Personal 120**

Personalstärke Internationaler Friedenseinsätze

UN Peacekeeping-Einsätze | 76.490

AU und afrikanische subregionale Einsätze | 44.260

EU-Einsätze | 4.292

NATO-Einsätze | 4.270

Andere Einsätze | 2.818

UN Special Political Missions | 2.559

OSZE-Feldoperationen | 253

Die kartografischen Darstellungen beinhalten keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten durch das ZIF.

Stand: Oktober 2022

Grafik: infotext-berlin.de

Legende

Land/Gebiet

ABKÜRZUNG/NAMEN DER MISSION | M: Anzahl des internationalen Militärpersonals (in Klammern: davon deutsches Personal), P: internationales Polizeipersonal (deutsches Personal), Z: internationales Zivilpersonal (deutsches Personal)



* Die EU unterscheidet in offiziellen Angaben nicht zwischen Polizei- und Zivilpersonal. Die Höhe des deutschen Polizeibetrags ist weiterhin verfügbar.

** nach Mandat

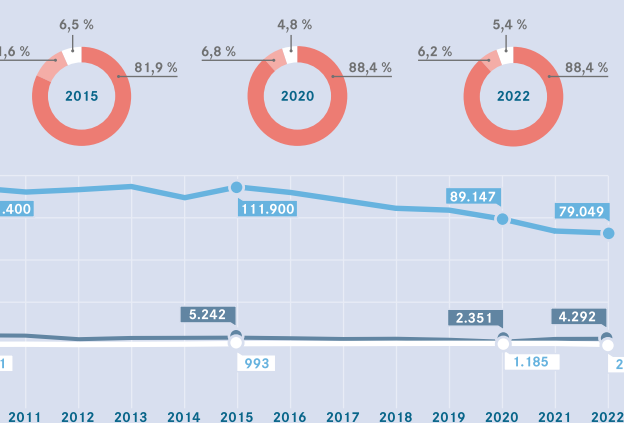
*** keine Personalzahlen verfügbar



www.blaue-angele.de/12195



Gefördert durch:
Auswärtiges Amt



KRIEGSGEWINNE BESTEUERN!



Fortsetzung von Seite 15

re wirtschaftliche Vorteile verschaffen, stärker zu besteuern. Diese sollen sich finanziell an der gesellschaftlichen Bewältigung der Krise beteiligen. So forderte UNO-Generalsekretär António Guterres 2022 alle Staaten dazu auf, die exzessiven Gewinne der Energiefirmen zu besteuern und die Mittel zu verwenden, «um die Menschen, die unter den steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreisen leiden», zu unterstützen.

Weshalb fordern wir diese Steuer?

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine sind auf den globalen Märkten deutlich spürbar. Die Rohstoffpreise schossen aufgrund von Börsenspekulation, Engpässen, logistischen Schwierigkeiten und Sanktionen zwischenzeitlich drastisch in die Höhe und schwankten gleichzeitig auf hohem Niveau. Die Folgen für Millionen von Menschen weltweit: Energie und Nahrungsmittel werden massiv teurer oder gar unerschwinglich.

Für Schweizer Rohstoffkonzerne wie Glencore, Trafigura, Cargill, Vitol und Co. resultierten die Marktverwerfungen in historischen Milliarden-Gewinnen. Eine Kriegsgewinnsteuer auf diese Profite kann dazu beitragen, die sozialen und ökonomischen Folgen des Ukrainekrieges abzufedern und einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten. Sie ist eine Umverteilungsmassnahme von jenen, die besonders von Krisen profitieren, an jene, die besonders darunter leiden.

Welche Konzerne wären betroffen?

Betroffen wären Unternehmen, die durch die Marktverwerfungen aufgrund des Ukrainekrieges ihre Gewinne deutlich vervielfacht haben. Dabei wären insbesondere die Sektoren Energie- und Rohstoffproduktion, Energie- und Rohstoffhandel, die Hochseeschifffahrt sowie die Rüstungsproduktion betroffen, da diese Übergewinne speziell in Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg erwirtschaftet wurden.

Wieso profitieren ausgerechnet Rohstoffhändler in Krisenzeiten?

Die zentrale Stellung der Händler zwischen Rohstoffangebot und -nachfrage, gepaart mit ihrem globalen Logistiknetzwerk, mit Finanzierungsmöglichkeiten und exklusivem Zugang zu Marktinformationen, machen die Händler gerade in Krisenzeiten äusserst profitabel. Aus Krisen, in denen Millionen von Menschen von Hunger bedroht sind, in die absolute Armut rutschen und akuter Versorgungsunsicherheit leiden, Profit zu schlagen, ist zynisch. Die Versorgung mit Rohstoffen ist wichtig; eine Verzehnfachung des Profits in Krisenzeiten ist jedoch illegitim.

Was hat die Schweiz mit den Kriegsgewinnen der Rohstoffhändler zu tun?

Die Schweiz ist der grösste Rohstoffhandelsplatz der Welt. Alle global relevanten Rohstoffhändler haben entweder ihren Hauptsitz oder wichtige Handelsbüros hierzulande. Über diese Händler werden Schätzungen von Public Eye zufolge mindestens 50 Prozent des Getreides, 40 Prozent der Kohle, jedes dritte Fass Rohöl, jede zweite Kaffee- und jede dritte Kakaobohne gehandelt. Die Rohstoffhändler erwirtschaften mit ihren Handelstätigkeiten aus der Schweiz einen grossen Teil ihres Umsatzes. Die Schweiz lockt die Händler seit jeher mit ihrer Tiefsteuerpolitik und massgeschneiderten Steuerdeals an und ist daher als Sitzstaat dieser so hochprofitablen wie verschwiegene Branche mitverantwortlich für deren Kriegsgewinne. Zudem sind Rohstoffhändler im Gegensatz zu den Rohstoffförder- und Energiefirmen in der EU-Regelung (siehe unten) nicht eingeschlossen. Die Schweiz kann dies korrigieren, indem sie die Rohstoffhändler einer Übergewinnsteuer unterstellt und so verhindert, dass sie zum Schlupfloch für Kriegsgewinne wird.

Wieso sollen die Einnahmen der Übergewinnsteuer in den Wiederaufbau der Ukraine fliessen?

Mehr als ein Drittel der russischen Staatseinnahmen stammten vor Kriegs-

ausbruch aus Geschäften mit Öl und Gas. Schätzungsweise wurden 2021 zwischen 50 und 60 Prozent des russischen Erdöls und 75 Prozent der russischen Kohle über Genf, Zug, Lugano und Zürich gehandelt. Die Schweiz trägt als Drehscheibe russischer Energieträger somit eine historische und politische Verantwortung an diesem Krieg und steht der Ukraine gegenüber in der Schuld. Die Kosten für den Wiederaufbau wurden Ende 2022 auf 750 Milliarden Franken geschätzt. Mit einer temporären Kriegsgewinnsteuer könnte die Schweiz einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Kriegsgewinne gerecht zu verteilen.

Haben bereits andere Länder eine Übergewinnsteuer eingeführt?

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges haben sich viele Länder entschieden, Übergewinne im Energiesektor zu besteuern. Beispielsweise hat das Vereinigte Königreich bereits im Mai 2022 eine solche Steuer angekündigt und später sogar noch erhöht. Nachdem im Verlauf des Jahres 2022 verschiedene EU-Staaten wie Italien, Spanien, Griechenland und Rumänien eigenständig ähnliche Steuern eingeführt hatten, beschloss die Europäische Union vergangenen Oktober, eine Übergewinnsteuer einzuführen. Somit werden in der ganzen EU die Übergewinne von Gas-, Kohle- oder Erdölkonzernen, die mindestens 75 Prozent ihres Umsatzes in der Extraktion, im Bergbau, oder in der Raffination erzielen, mit einem Mindeststeuersatz von 33 Prozent besteuert. Die Gewinne aus dem Handel mit diesen oder weiteren Rohstoffen sind davon nicht betroffen.

Wie lässt sich ein Übergewinn ermitteln und wie sollte er besteuert werden?

Als Berechnungsgrundlage für die Übergewinnsteuer der EU dient der durchschnittliche Jahresgewinn der Jahre 2018 bis 2021. Alle Gewinne von Öl-, Kohle- und Gasunternehmen, die 2022 oder 2023 mehr als 20 Prozent höher sind als dieser Durchschnitt, gelten in der EU als Übergewinne. Sie werden mit einem Mindeststeuersatz von 33 Prozent gesondert besteuert. Die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer ist einzig vom politischen Willen abhängig und wäre somit auch in der Schweiz möglich.

Zwischen Solidarität und Neutralität

Nachdem bereits am Nachmittag die Teilnahme an der Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates deutlich höher war als in den vergangenen Jahren, füllte sich der Dorothee-Sölle-Saal am Abend des 26. Mai 2023 im Zürcher Kirchgemeindehaus Auserisli bis auf den letzten Platz. Zum Gespräch über die anhaltend nötige Solidarität mit der von Russland vor mehr als einem Jahr überfallenen Ukraine hatte der Friedensrat eine spannende Runde eingeladen.

/ Peter Weishaupt /

Ein Schweizer Schriftsteller (Jonas Lüscher), eine ukrainische Autorin (Tanja Maljartschuk), eine Friedenspolitikerin (Barbara Haering) und zwei Historiker (Jakob Tanner und Markus Heiniger) sprechen zweieinhalb Stunden über die Schweiz und deren Solidarität mit dem Widerstand der Ukraine gegen die russische Invasion und problematisieren die zum Feigenblatt verkommene Neutralitätspolitik angesichts des internationalen Zivilisationsbruches. Dabei geht es nicht in erster Linie um die (gerechtfertigte) militärische Unterstützung des angegriffenen Landes. Vielmehr steht die Weigerung der Schweiz im Mittelpunkt, Deutschland zu erlauben, Schweizer Munition für Gepard-Panzer an die Ukraine weiterzuliefern zur Abwehr des anhaltenden russischen Beschusses durch Raketen und Drohnen.

Verlogene Neutralitätsbegründung

Jonas Lüscher stört sich massiv an der Art und Weise, wie die Diskussion darüber geführt wird, er hält diese in doppelter Weise für verlogen. Die Schweiz hat in anderen Kriegen keine Mühe, Waffen zu liefern, beispielsweise an das im Jemen-Krieg involvierte Saudi-Arabien. Dass mit der Weiterlieferung von Abwehrmunition die Schweizer Neutralität verletzt werde, stimme offensichtlich nicht und sei infam. Und diejenige, man müsse neutral sein, um seine guten Dienste anbieten zu können, falls man dereinst über die Aufnahme von Friedensgesprächen zu verhandeln bereit ist, sei eine massive Selbstüberschätzung.

Barbara Haering erkennt drei markante Defizite bei der bisherigen Sanktionspolitik der Schweiz. Erstens hat sie gezögert, die Sanktionen der EU gegen Russland zu übernehmen, und den Schritt erst nach massivem innen- und aussenpolitischem Druck getan. Das Zögern geht bei der Blockierung russischer Gelder weiter: Geschätzt lagern in der Schweiz 200 Milliarden russischer Vermögen, geblockt wurden bisher nur 7,5 Milliarden. Dabei geht es neben Geld auch um Immobilien, Unternehmensbeteiligungen oder Finanzberatung für Offshore-Konstruktionen, um die Sanktionen umgehen zu können. Deshalb hat Public Eye eine Task-Force gefordert, um proaktiv Gelder und Beteiligungen zu suchen.

Wir stehen in der Verantwortungsethik

Zweites Defizit ist die fortgesetzte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Weiterhin sind 57 Firmen in Russland tätig, darunter die EMS-Chemie der Blochers. Drittens geht es um die mangelnde militärische Unterstützung, obwohl dafür einzutreten für alle nicht einfach sei. Sie sei immer für ein generelles Waffenausfuhrverbot eingetreten, basierend auf einer Gesinnungsethik. Alle entsprechenden Volksinitiativen wurden jedoch abgelehnt. Jetzt stünden wir aber in der Verantwortungsethik, das heisst bei der Frage, wo und wie Waffenlieferungen unsere friedenspolitischen Ziele unterstützen würden.

Der Historiker Jakob Tanner kritisiert, dass die Schweiz zur Einhaltung des Völkerrechts nicht ausreichend aktiv sei. Die UNO sei ein Kompositum von 200 Jahren friedenspolitisch-pazifistischer Reflexion, weise aber grosse Defizite auf: Erstens erlaube der Sicherheitsrat den atomaren Grossmächten mit dem Vetorecht, wirksame Sanktionen gegen Verletzer des Völkerrechts zu blockieren. Zweitens habe die UNO viel zu wenig Interventionspotenzial. Solidarität mit einem angegriffenen Land ist nur ein Appell, ein Aufruf, solidarisch zu sein. «Sie ist ein weltumspannendes Händereichen.»

Solidarisch handeln

Diese Solidarität hat aber Grenzen, wir

können nicht mit allem und allen solidarisch sein, wir können nicht alles am Gedanken der Solidarität festmachen, sondern müssen auch solidarisch handeln. Es gebe im Fall der Ukraine einen klaren Aggressor, mit dem wir nicht solidarisch sind, und einen Angegriffenen, mit dem wir solidarisch sein müssen.

Diese binäre Unterscheidung strukturiere das Feld solidarischen Handelns: Was tut die Schweiz, um die Ukraine zu stärken, was tut die Schweiz, um Russland zu schwächen. Tanner plädiert für die Einführung einer Übergewinnsteuer (siehe Beitrag auf Seite 18) und für eine Ausweitung der humanitären Hilfe – hier ist die Schweiz europaweit auf dem Schlussplatz gelandet. Dänemark etwa wendet 15-mal mehr auf für die Ukraine, während die Schweiz sich bei der Hilfe selbst inszeniert. Andererseits liefert sie nach wie vor Werkzeugmaschinen an Russland, die zur Waffenherstellung verwendet werden können.

Endlich eine Ukraine-Task-Force

Markus Heiniger erinnert daran, dass Aussenminister Cassis noch am Tag nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine (der sich monatelang abgezeichnet hat) verkündete, das EDA wisse noch nicht, was es machen könne, vielleicht werde man irgendwie vermitteln können. Dabei sei eine Vermittlung in internationalen Konflikten um jeden Preis eigentlich verpönt, beispielsweise wären Verhandlungen um eine Generalamnestie für alle Beteiligten nicht beschlussfähig. Die Schweiz müsse nun endlich eine Task Force Ukraine einsetzen, die vorschlägt, was man auf verschiedenen Ebenen machen kann. Das Land verfügt über sehr gutes erfahrenes diplomatisches Personal noch aus der Zeit des OSZE-Engagements oder bei den Minsker Abkommen zur Ostukraine.

Stossend ist für ihn auch die Verwendung der Re-balancierung, das heisst, habe man etwas für die Ukraine gemacht, müsse als Ausgleich auch was für die Russen getan werden. Zwar hat man Nachtragskredite über 200 Millionen Franken für humanitäre Hilfe an die

Fortsetzung Seite 20

Ukraine gesprochen, doch sei die grossaufgezogene Lugano-Konferenz Anfang Juli 2022 zum Wiederaufbau der Ukraine schon vorher im Ausschuss der Minsker Prozesse geplant worden.

Die Arbeit des EDA in der UNO beurteilt Heiniger positiver, bereits zum dritten Mal ist Russland mit einer «Uniting for peace»-Resolution durch die Generalversammlung verurteilt worden, die Schweiz hat an deren Zustandekommen aktiv mitgewirkt. Beim aktuellen Vorschlag, die Ukraine-Hilfe für die nächsten sechs Jahre auf 1,8 Milliarden Franken aufzustocken, gebe es allerdings ein grosses Problem, weil diese über das Deza-Budget laufen soll und damit zulasten der dringend nötigen Hilfe für Afrika gehen könnte.

Entminungs- und Vermisstenarbeit

Barbara Haering ergänzt hier als Stiftungsratspräsidentin des Genfer Zentrums für Minenräumung, dass die Ukraine als Mitglied der Minenkonvention verpflichtet ist, keine Minen anzuschaffen und einzusetzen, sie hat dies aber nicht eingehalten und auch nicht Bericht dazu erstattet. Zwar finden seit 15 Jahren Entminungsaktivitäten im Donbas statt, es gibt aber im Moment wenig Programme, man ist jedoch seit März 2022 in

direktem Kontakt mit den ukrainischen Behörden zur Beratung.

Die Arbeit der Entminungskommission ist schwierig. Konnte in früheren Konflikten nach einem Ende der Kriegshandlungen mit der Entminung begonnen werden, ist dies im laufenden Krieg kaum möglich. Es lässt sich schwer ermitteln, wem der zu entminende Boden gehört. Auch bei der ICMP, der internationalen Kommission für vermisste Personen mit Sitz in Den Haag, die deren Schicksal nach Naturkatastrophen, Kriegen und Bürgerkriegen aufklärt und nach den Massakern in Srebrenica gegründet wurde, ist die Schweiz aktiv. In Zusammenarbeit mit dem IKRK geht es vor allem darum, eine Sammlung von DNA-Daten von Überlebenden zu erstellen und abzugleichen.

Die Neutralitätsrhetorik verhindert aktive Friedenspolitik

Nach kurzen Beiträgen aus dem Publikum kam das Thema der neutralen Schweiz auf den Tisch, die gleich grundsätzlich infrage gestellt wurde. Barbara Haering stellt die ganze Neutralitätskonzeption seit Langem gänzlich infrage. Sie kann deshalb auch nichts mit Adjektiven wie kooperativ, aktiv oder flexibel im Zusammenhang mit Neutralität anfangen. Die Folge solcher Bezeichnungen bedeute immer, dass die Schweiz nicht solida-

risch in der Welt engagiert sei, sondern sich nur auf sich selbst beziehe.

Barbara Haering erzählt von der grossen Hoffnung, die nach dem Fall der Berliner Mauer ihre Generation geprägt hat: dass nach dem Kalten Krieg nun alles möglich geworden war, dass Frieden und Sicherheit garantiert waren. Diese Hoffnung ist am 24. Februar 2022 gestorben. Trotzdem bleiben für sie die Menschenrechte zentral, alle Menschen sind frei, gleich und würdig, wie es in der Uno-Charta verankert ist. Das internationale Völkerrecht verbietet den Angriffskrieg eines Aggressors. Punkt. In diesem Zusammenhang sei die Neutralität schlicht obsolet. Die ganze Neutralitätsrhetorik diene nur dazu, die Diskussion über eine engagierte Schweizer Friedenspolitik zu verhindern.

Eine frühe Neutralitätsinitiative gegen den Völkerbund

Jakob Tanner erinnert daran, dass der sogenannte integrale Neutralitätsbegriff immer mit einem starken Rechtsdrall einhergeht. Deutlich sieht man das bei einer vom Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz 1937 lancierten Diskussion um eine Neutralitätsinitiative, angestossen von einer Gruppe von Rechtsextremen mit Übergängen zum damaligen Frontismus, die aus dem Kampf gegen den Beitritt zum Völker-

Tanja Maljartschuk, die sich allgemeiner, nicht direkt zur schweizerischen Politik äussern kann und will, erzählt eindrücklich von der Situation für Kulturschaffende in der Ukraine. So etwa von einem ihrer Kollegen, dem ukrainischen Autor Serhij Zhadan (siehe auch Seite 26), der schon seit 2014 selber im

© Michael Schwarz



Donbas als Soldat im Einsatz ist und in seinen Texten unter anderem darüber schreibt, was geschieht, wenn ein junger Mann in den Krieg muss. Es ist ihr gelungen, Zhadan ein paar Mal aus seinem Dienst in der Ukraine zu holen, um ihm Auftritte an europäischen Literaturfestivals zu ermöglichen. Es sei wichtig, dass FreundInnen aus der Ukraine herauskommen und über ihre Erfahrungen sprechen können.

In den letzten Monaten wurde Zhadan nach Bachmut geschickt, sie habe wochenlang keinen Kontakt mehr mit ihm gehabt. Vor Kurzem hat sie wieder von ihm gehört, er liege verletzt im Spital, zusammen mit fünf seiner Kameraden von der Front. Die Männer seien ununterbrochen unter Beschuss gewesen. Seine Geschichte – und jene von vielen anderen – zeige, welchen Preis die Ukrainer zahlen, um die Demokratie zu verteidigen.

Auf die Frage, was für sie die Schweizer Solidarität bedeute, fragt sie zurück:

Kämpft man für die gemeinsame Sicherheit in Europa oder nicht? Besonders empört ist sie über das blockierte russische Geld. Es ist verlogen, dass die angegriffene Ukraine nicht darüber verfügen kann. Ebenfalls Mühe hat sie mit Vorwürfen an die ukrainischen Intellektuellen, wenn sie dafür kritisiert werden, nicht gemeinsam mit RussInnen aufzutreten und für Versöhnung einzutreten. Es sei nicht fair, wenn sie bezichtigt würden, nicht zu differenzieren zwischen Putin und russischen DissidentInnen und nicht gemeinsam mit ihnen aufzutreten zu wollen. Denn was sollen jetzt Versöhnungsveranstaltungen bringen? Hätten sie auch nur den geringsten Einfluss auf den Krieg? Und sie weist darauf hin, dass liberale Intellektuelle in der Ukraine genau überlegen, welche Folgen etwa ein gemeinsamer Auftritt mit RussInnen hätte. Sie wissen genau, wie die russische Literatur, insbesondere Puschkin, vom Kriegsregime im Kreml instrumentalisiert wird.



SFR-Gesprächsrunde vom 26. Mai 2023: Von links Jakob Tanner, Barbara Haering, Peter Weishaupt, Tanja Maljartschuk, Jonas Lüscher und Markus Heiniger.

bund Anfang der 1920er-Jahre hervorgegangen war. Sie ging von der Meinung aus, dass eine Nation das Lebenselixier der Menschen ist und alles, was darüber hinausgeht, eine Einmischung von aussen sei mit fremden Richter etc.

Den Neutralitäts-Initianten ging es darum, dass sich die Schweiz aus dem internationalen Sanktionsregime gegen den Aggressor Mussolini nach seinem Angriff auf Äthiopien zurückziehen müsse. Sie brachten die Schweizer Behörden 1938 dazu, beim Völkerbund einen Vorbehalt gegen die Übernahme von Sanktionen gegen Italien anzubringen – ohne dass sie ihre Initiative überhaupt lancieren mussten. Hitler und Mussolini erklärten dann, die Schweiz gehe in die richtige Richtung, sie müssten jetzt diesen Völkerbund zerstören, damit sie freie Hand hätten. Integrale Neutralität hilft also direkt den Diktatoren.

Bündnisfreiheit statt Neutralität

Barbara Haering weist darauf hin, dass die Neutralität nicht nur ein Businessmodell war, sondern ein Instrument, damit die Schweiz nicht auseinanderfiel. Besonders im Ersten Weltkrieg war die-

se Gefahr gross, als die Deutschschweiz Deutschland unterstützte und die Westschweiz Frankreich. Tanner stellt darin eine Neutralisierung der Konflikte fest. Ein Land, das wenig gemeinsam hatte, konnte man so beruhigen und stilllegen. Das habe schon viel früher bei der Reisläuferei funktioniert.

Markus Heiniger meint zu Tanja Maljartschuk, dass solche Diskussionen über die Neutralität der Schweiz in der Ukraine wohl kaum nachvollzogen werden können. Auch er kann den verschiedenen Definitionen wenig abgewinnen, denn niemand wisse wirklich, was diese Neutralität eigentlich ist. Vielmehr, so fordert er, müssten wir für eine glaubwürdige Aussenpolitik eintreten. Man könnte einfach auf die Neutralität verzichten, es reiche ein Brief nach Den Haag, um das Abkommen von 1907 «betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs» aufzukündigen. Sinnvollerweise beteilige man sich nicht an militärischen Allianzen und spreche nur noch von einer Bündnisfreiheit.

Die SVP-Initiative im Blickwinkel

Tanja Maljartschuk berichtet, dass man

in der Ukraine schon über die Schweizer Neutralität informiert sei, auch wenn niemand sie verstehen könne. Heute hätten wir mit dem russischen Angriff auf einen Schlag eine andere Realität, an die man sich anpassen müsse. Sie gibt zu bedenken, ob die Schweiz tatsächlich in die Zukunft blicken könne, ob und weshalb sie sicher sein könne, nicht in einen Krieg gegen Westeuropa verwickelt zu werden. Wenn die Russen die Ukraine erobern, würden die russischen Grenzen weit nach Westen verschoben, auch das Baltikum oder Polen könnten gefährdet werden.

Am Ende des Gesprächs ruft Jonas Lüscher dazu auf, aktiv gegen die Neutralitätsinitiative der SVP einzustehen, diese richte sich letztlich auch gegen einen EU-Beitritt, wir müssen uns auf diese Debatte vorbereiten. Über allem steht aber letztlich die Frage, was der Krieg gegen die Ukraine für die Friedensarbeit zukünftig bedeutet. Die Antworten zu finden wird schwierig bleiben, ein langer Atem ist weiterhin gefragt, ebenso Mut, die friedenspolitische (Knochen-)Arbeit weiterzuführen.

Peter Weishaupt moderierte den Anlass

Sind 400 Jahre genug?

Der Historiker Marco Jorio erfasst die 400-jährige Geschichte der Schweizer Neutralität in einem geradezu enzyklopädischen Band. Die differenzierte Darstellung eines insgesamt lange erfolgreichen Verhaltens mündet in eine Kritik am Verharren in Mustern, die heute nicht mehr zu den Rahmenbedingungen passen.

/ Christoph Wehrli /

Die Diskussion über eine aussenpolitische Neuorientierung der Schweiz kann eine Klärung des Geflechts von historischen Fakten, Interpretationen und Mythen um die Neutralität gut brauchen. Der neunbändige Klassiker von Edgar Bonjour reicht nur bis 1946, und seit dessen Publikation von 1965 bis 1976 sind zahlreiche Studien und neue Sichtweisen hinzugekommen. Marco Jorio, der von 1988 bis 2014 die Arbeit am Historischen Lexikon der Schweiz geleitet hat, bietet nun in dichter, fast gedrängter Form eine Geschichte der Schweizer Neutralität mitsamt ihren Bezügen zum machtpolitischen Umfeld des Landes, zu Völkerrecht und Ideologie. Trotz Erscheinungszeitpunkt (nach Abschluss «unter Hochdruck») und trotz einem politischen Ausblick handelt es sich um ein Thesenbuch. Die genaue Betrachtung von Entwicklungen, Krisen und Kontexten dürfte allerdings schon als solche gewisse Bilder von einer ehernen Neutralität relativieren.

Wiederkehrende Themen

In der geschichtlichen Darstellung lassen sich neben allen Wendungen und Windungen allerdings auch Elemente erkennen, die seit dem 17. Jahrhundert immer wieder eine Rolle spielten. Nachdem die Eidgenossenschaft im Lauf des 16. Jahrhunderts ihre territorialen Grenzen ungefähr erreicht hatte, hielt sie sich, auch wegen ihrer eigenen konfessionellen Spaltung, aus dem Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) heraus und verfestigte sich zugleich als einigermaßen souveränes Gebilde. Dieses wurde extern von den Mächten anerkannt und versuchte intern die Politik der 13 Orte wirksamer zu koordinieren. Unter fran-

zösischer Oberherrschaft, von 1798 bis 1813, war die Neutralität hingegen mangels aussenpolitischer Selbständigkeit «unächt» oder «un mot vide de sens» (Napoleon).

1647 wurde zudem die Bundespflicht der Orte auf einen präventiven Grenzschutz gegen Truppendurchzüge ausgedehnt, die Neutralität also «bewaffnet». Die Verteidigungsbereitschaft war stets mehr oder weniger beschränkt, aber nicht unwesentlich. Jorio sieht in ihr speziell auch einen Faktor der Versöhnung im Zweiten Weltkrieg, während er die Rolle der Wirtschaftsbeziehungen in der gefährlichsten Phase geringer gewichtet als die Bergier-Kommission.

Ebenfalls schon im Dreissigjährigen Krieg war die Frage der indirekten Unterstützung von Kriegsparteien aufgetaucht. Die Tagsatzung beschränkte damals die Waffenausfuhr und Lebensmittellieferungen an Armeen und verfügte auch in der Folge regelmässig Restriktionen. Schlecht passten dazu die Söldnerdienste, die lange vor allem Frankreich zugutekamen und sich dann diversifizierten. Aus dem Zweiten Weltkrieg sind die Vorschüsse des Bundes für Exporte nach Nazideutschland (Clearing-Milliarde) ein bekanntes Beispiel einer unzulässigen finanziellen Unterstützung von Kriegsanstrengungen.



Ein altes Phänomen ist schliesslich die Mythisierung des Begriffs. 1674 wurde die Neutralität erstmals offiziell deklariert (insofern prinzipienlos, als ein alter Vertrag die Eidgenossenschaft verpflichtet hätte, die neutralisierte Freigrafschaft Burgund gegen Frankreich zu schützen); 1688 galt sie für die Tagsatzung als «hergebracht», und bald hiess es, sie sei «zu allen Zeiten» nützlich gewesen. Die Erfahrung als «friedliche Insel» hat den «Glauben» an die Neutralität auch nach den Weltkriegen weiter gefestigt.

Brüchige Anerkennung

Zur Neutralität gehörte aber von Anfang an die Kritik an ihr. Im Innern forderten etwa die «Konfessionalisten» eine entsprechende militärische Parteinahme, von aussen ertönten der Vorwurf von «Faulheit und Verrätherei» oder die Mahnung, dass «nicht allein Gott die Laulichen, das ist die Neutralisten (...) ausspeyen thue». Solche Urteile wurzeln in der Idee des «gerechten Krieges». Sie mögen zugleich parteilichen Interessen dienen. Doch die Neutralität ist im Konfliktfall wert, was es den relevanten Kriegsmächten wert ist, sie zu beachten. Die Eidgenossenschaft erreichte vorerst situative Anerkennungen durch einzelne Mächte. Der grosse Schritt auf europäischer Ebene folgte auf den Tiefpunkt, das Dasein als Vasall von Frankreich (Helvetik und Mediation). Nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit erreichte die Schweiz im zweiten Frieden von Paris 1815 auch die Anerkennung ihrer «immerwährenden» (perpétuelle) Neutralität. Gegen den Willen ihres Vertreters war im Titel der Erklärung auch von «Garantie» die Rede, woraus sich eine Art Aufsichtsrecht ableiten liess.

In der Folgezeit forderten die Mächte, nicht ohne vorherige Drohung von Interventionen, fortwährend ein vorbildliches Verhalten – besonders von der Presse – sowie Massnahmen gegen politisch engagierte Flüchtlinge. Es ging dabei weniger um die eigentliche Neutralität als um die Abwehr demokratischer Kräfte, die den Monarchien gefährlich werden konnten. Dieser ausländische Druck könnte ein Grund gewesen sein, weshalb die Schweiz zuerst skeptisch gegen eine Kodifikation von Rechten und Pflichten der Neutralen war und erst anlässlich der zweiten Haager Konferenz 1907 umschwenkte.

Die Lage als Schlüsselfaktor

Im Zweiten Weltkrieg verlangten bei-

de Kriegsmächte, wie Jorio schreibt, einerseits von den Neutralen die strikte Einhaltung der Neutralität und setzten sich andererseits nach Bedarf über diese hinweg. Besonders hält er fest, dass die bis 1941 selber noch neutralen USA die Schweiz durch den Einbezug in ihre Wirtschaftsblockade noch enger in die Abhängigkeit von Deutschland getrieben hätten. Die Alliierten schätzten allerdings die Guten Dienste in der Diplomatie und die humanitären Leistungen, die schon im Ersten Weltkrieg beträchtlich gewesen waren. Bei ihrem Vorstoss nach Osten 1944/45 blieben ihre Truppen, aus welchen Gründen auch immer, auf der Nordseite des Rheins.

Hatte die Schweiz die Verschonung vom eigentlichen Krieg der Neutralität zu verdanken, die sie von allen vergleichbaren Staaten am striktesten praktizierte? Als entscheidend bezeichnet der Historiker, nicht nur mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg, die Verbindung der völkerrechtlich-politischen und der militärischen Faktoren mit der strategischen Lage des Landes. Während Jahrhunderten grenzte es an meist einander entgegengesetzte Mächte. So hatten von 1914 bis 1918 die Kriegführenden beidseits kein Interesse an einer Verlängerung der Front. 1940 lag die Schweiz abseits von Hitlers Stossrichtung auf den Hauptgegner Grossbritannien, und während der Einkreisung durch die Achsenmächte profitierte sie vom italienischen Interesse an einem Puffer gegen die rivalisierende Macht Deutschland, die hier einen Streit vermied.

Alternativen seit 1945?

Am Kriegsende stand die Schweiz unter der doppelten Kritik seitens der Sieger, sich im Kampf der freien Staaten gegen das Nazireich unmoralisch passiv und doch nicht konsequent neutral verhalten zu haben. Sie reagierte zum einen mit Bemühungen im Sinn internationaler Solidarität, zum anderen, indem sie ihre Neutralität noch mehr kultivierte, sodass sie sich nicht zuletzt jahrzehntelang den Zugang zur UNO verbaute. Die Schweiz habe «übertrieben», schreibt Jorio in Anlehnung an Alois Riklin über die Zeit des Kalten Krieges, die er kritisch kommentierend darstellt. Die Neutralität habe ihre geostrategische Voraussetzung verloren, auch wenn ab 1955 die Fiktion eines Frontstaats (im «Riegel» mit Österreich) gepflegt worden sei. Die Schweiz hatte sich sogar zu Friedenszeiten in die amerikanische

Embargopolitik gegen den Ostblock (CoCom-System) einzufügen. Immer wieder gebremste Öffnungsschritte bereiteten das Land nicht auf die Wende von 1989/90 vor, und so folgte die Zeit der Verunsicherung, die der Autor bis Anfang 2023 verfolgt.

Von der Anhänglichkeit an die Neutralität zeugen neben der konservativen Opposition gegen Lockerungen auch Tendenzen für eine stärker «engagierte» (Friedens-)Politik, speziell für Restriktionen im Rüstungsexport über völkerrechtliche Pflichten hinaus. In der Logik von Jorios sicherheitspolitischer Analyse läge vielmehr ein Beitritt zur Nato, denn die Schweiz sei von friedlichen Nachbarn umgeben und riskiere, bei den tatsächlichen Bedrohungen allein gelassen zu werden. Der Autor nennt den Anschluss an die Allianz «eine ehrliche Lösung – aber eine unrealistische» und kapituliert damit vor der Diskus-

sion. So schlägt er nur vor, die Praxis der Neutralität zu verändern, sich mehr an der UNO-Charta zu orientieren, dabei aber die Abhängigkeit von der «Fehlkonstruktion» des Sicherheitsrates zu beenden, wenn es um die Feststellung eines Angriffs und die Unterstützung des Opfers gehe.

Bei allem Respekt vor Marco Jorios reichhaltigem Opus sei angefügt, dass sich die Diskussion um die Rolle der Schweiz in der Welt nicht auf die Kategorie «Neutralität» fixieren, sondern die umfassend verstandene auswärtige Politik mit ihren Motiven und Möglichkeiten in den Blick nehmen sollte. Und je mehr die Schweiz allenfalls als Teil Europas agieren will, desto geringer wird wohl die Substanz der nationalen Neutralität.

Marco Jorio: **Die Schweiz und ihre Neutralität. Eine 400-jährige Geschichte.** Verlag Hier und Jetzt, Zürich 2023, 516 Seiten, Fr. 49.–.

Die Resos vor der Auflösung

«Re-SOS» titelte die Zürcher Wochenzeitung P.S. im Vorfeld der Jahresversammlung der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz, die 1989 mit den Christinnen und Christen für den Sozialismus zu den Resos fusioniert hatte. Am 4. Juni 2023 versammelte sich die Gruppe im Berner Kulturlokal «Heitere Fahne», um über ihre seit einem Jahr schwelende Krise im Vorstand zu entscheiden. Ausgelöst wurde sie durch schwere Auseinandersetzungen über die Haltung zum russischen Krieg gegen die Ukraine. Zwei aktive, der PdA nahestehende Mitglieder schafften es, das Gremium derart zu blockieren, dass es beschloss, der Jahresversammlung die Auflösung des ganzen Vereins vorzuschlagen.

Dazu kam es noch nicht, die Versammlung beschloss zuerst die Entlassung des gesamten fünfköpfigen Vorstandes, weil ihnen keine Zusammenarbeit mehr möglich sei. Darunter mit Hanna Götte ein Mitglied, das die Vorstandsarbeit lange Jahre geprägt hatte. Spontan aufgestellt und gewählt wurden dann drei neue Leute mit einem kommissarischen Mandat, bis zu einer ausserordentlichen Versammlung im Herbst abzuklären, ob in irgendeiner Form weitergearbeitet werden kann oder ob der Verein definitiv aufgelöst werden muss.

Zwar dürfte Putins Krieg nicht der einzige Grund dafür gewesen sein, dass die Resos nicht mehr weiterarbeiten wollen, aktive wie sympathisierende Mitglieder sind nicht mehr die Jüngsten und Nachwuchs kaum in Aussicht, doch stimmt es schon bedenklich, dass Putins Krieg gegen die Ukraine Kollateralschäden bis in kleine Friedensgruppen in der Schweiz angerichtet zu haben scheint.

Denn die Resos sind die Nachfahren der in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in der Schweiz nicht unbedeutenden Bewegung des religiösen Sozialismus, die Leonhard und Clara Ragaz mit genossenschaftlicher und pazifistischer Ausrichtung jahrzehntelang geprägt hatten und die am Zürcher Gartenhof ein Zentrum pazifistischer Aktivitäten schufen, das im vom Friedensrat 2019 herausgegebenen Buch «Haus Gartenhof in Zürich – Raum für vernetzte Friedensarbeit» dokumentiert worden ist.

Nicht direkt betroffen von der absehbaren Auflösung der Resos dürfte zum Glück das von Matthias Hui geleitete Magazin «Neue Wege» sein, das in den 1920er-Jahren von Leonhard Ragaz gegründet worden war. (pw)

Die Waffenausfuhrstatistik 2022

Land	Wert CHF	Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Katar	213'390'290	Polen	4'746'442	Estland	304'242
Dänemark	136'249'411	Tunesien	4'036'694	Lettland	204'883
Deutschland	131'736'221	Brasilien	2'901'933	Luxemburg	164'885
Saudi-Arabien	111'135'287	Kanada	2'891'931	Serbien	131'094
USA	61'454'324	Indonesien	2'866'917	Bangladesh	77'114
Botswana	33'270'531	Thailand	2'732'633	Zypern	52'259
Rumänien	32'663'921	Arabische Emirate	1'945'479	Island	50'026
Frankreich	31'705'964	Pakistan	1'914'510	Litauen	46'763
Belgien	24'889'365	Bulgarien	1'777'271	Kuweit	44'986
Australien	22'987'942	Slowenien	1'714'586	Malta	44'978
Norwegen	19'201'461	Japan	1'671'335	Israel	32'000
Schweden	16'682'135	Tschechische Republik	1'645'018	Mali	15'893
Spanien	15'762'586	Südkorea	1'101'360	Portugal	12'046
Niederlande	13'742'859	Singapur	949'617	Kosovo	11'299
Italien	10'659'697	Slowakei	884'995	Griechenland	4'055
Österreich	9'319'475	Bahrain	628'600	Elfenbeinküste	1'668
Irland	8'216'289	Südafrika	588'110	Vatikan	1'180
Grossbritannien	7'215'799	Oman	547'468	Hongkong	250
Finnland	6'694'989	Chile	532'992		
Malaysia	5'240'567	Neuseeland	366'530		
Ungarn	4'815'488	Kroatien	338'692		
				Total 60 Länder	955'017'335

Zur Waffenausfuhrstatistik 2022

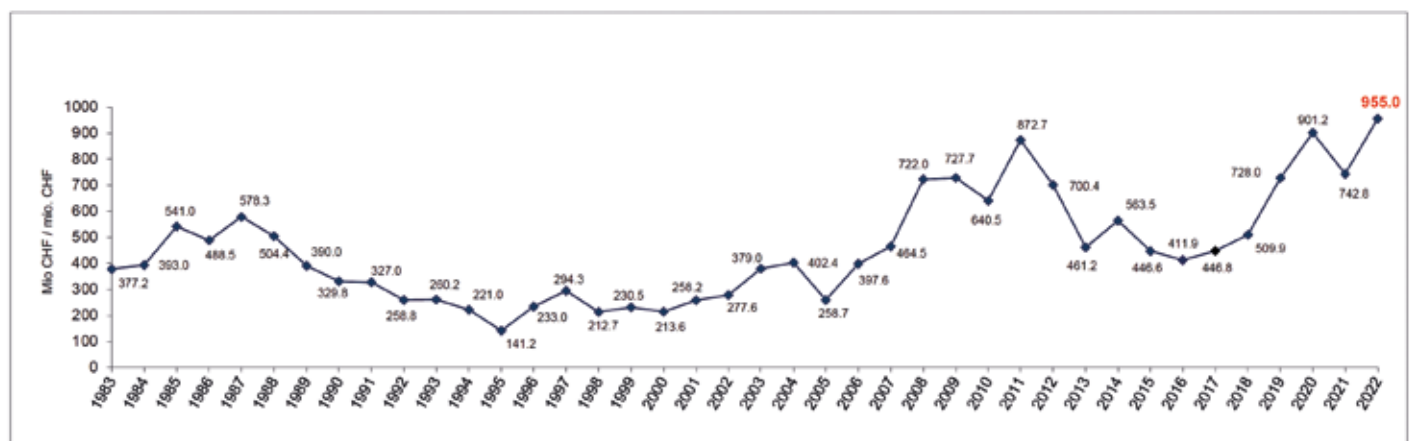
So hoch waren sie noch nie: die Schweizer Waffenausfuhren in alle Welt. Für nicht weniger als fast eine Milliarde Franken (offiziell genau 955 Millionen und ganze 29 Prozent oder 212 Millionen Franken mehr als im Vorjahr) wurde Kriegsgerät exportiert. Allerdings gingen die Exporte nicht zur Unterstützung des ukrainischen Verteidigungskampfes gegen die Russen nach Kiew. Auch nach einem Jahr grausamer Kämpfe wurde Deutschland nicht erlaubt, ein paar

Tausend Schuss Munition für Gepard-Panzer für die Abwehr von Raketen und Drohnen auf die ukrainische Infrastruktur an die Ukraine weiterzugeben. Dafür erhielten nicht weniger als 60 Länder Waffen aus der Schweiz, an der Spitze das im Jemen-Krieg involvierte Katar mit 213,4 Millionen Franken, gefolgt von Dänemark, Deutschland, Saudi-Arabien und den USA (siehe Tabelle).

Während bei der Weitergabe von Waffen europäischer Länder in die Ukraine strikte Neutralität moniert wurde,

erhielt das auch letztes Jahr noch im Jemen engagierte Saudi-Arabien Waffen im Umfang von 111 Millionen Franken. Davon entfielen auf Ersatzteile zu Flab-Systemen 95 Millionen, ebenso beliefen sich Flab-Waffen an das erwähnte Katar auf 194,3 Millionen Franken, die somit den grössten Teil der Ausfuhren in beide Länder ausmachten, die schon seit Jahrzehnten massiv mit Schweizer Waffen aufgerüstet werden. Auch arme Länder wie Botswana werden seit geraumer Zeit mit gepanzerten Mowag-Radfahr-

Die Entwicklung der Kriegsmaterialexporte von 1983–2022



zeugen beliefert, diesmal im Umfang von 33 Millionen Franken. Gemäss Angaben des Seco wurden 2022 weniger «kleine und leichte» Waffen exportiert, nämlich 33'530 Franken gegenüber 47'282 im Jahre 2021. Hauptabnehmer dabei sind ausländische Waffenhandels- und Industriebetriebe.

Die «besonderen militärischen Güter»

Insgesamt entfielen 2022 26,5 Prozent aller Ausfuhren auf Panzerfahrzeuge, 24,8 Prozent auf Munition und ihre Bestandteile, 18,2 Prozent auf Waffen «jeglichen Kalibers», 16,8 Prozent auf Feuerleiteinrichtungen, 5,4 Prozent auf Kleinwaffen und 4,8 Prozent auf Bestandteile zu Kampfflugzeugen.

Nicht in dieser Statistik enthalten sind wie üblich sogenannte besondere militärische Güter nach dem Güterkontrollgesetz wie Schutzsysteme gegen Torpedos und Drohnen, Minenräum- ausrüstungen, ABC- sowie ballistische Schutzausrüstung im Umfang von 69 Millionen Franken – gegenüber letztem Jahr mit 58 Millionen also ebenfalls eine beträchtliche Erhöhung. Zur Erinnerung: Militärische Trainingsflugzeuge wie diejenigen der Firma Pilatus fallen unter das Güterkontrollgesetz, die nicht als Kriegsmaterial deklariert werden, obwohl sie unverzichtbarer Bestandteil für eine effiziente Ausbildung der jeweiligen Luftwaffen bilden.

Das Seco mauert zur Ukraine

Obwohl die Widersprüche eklatant sind (siehe die Ausfuhrpraxis bei Saudi-Arabien) und der Druck der westlichen Ukraine-Unterstützer massiv zunimmt, verschanzt sich das Seco bei der Weitergabe von Waffen Schweizer Ursprungs weiterhin hinter der Neutralität. In seiner Medienmitteilung zu den Waffen- ausfuhren 2022 liefert es dazu eine separate Erklärung: «Kriegsmaterialexporte vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine: Die Schweiz wendet im Verhältnis Russland–Ukraine seit der russischen Annexion der Krim 2014 das Neutralitätsrecht an, welches Teil des Völkergewohnheitsrechts ist. Dieses bleibt auch während der aktuellen militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine anwendbar.

Aufgrund des neutralitätsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots kann die Schweiz Anfragen um Weitergabe von Kriegsmaterial mit Schweizer Ursprung an die Ukraine nicht zustimmen, solange diese in einen internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. Zudem schliessen auch die Bewilligungskriterien des Schweizer Kriegsmaterialgesetzes, welche 2021 durch das Parlament verschärft wurden, die Lieferung von Kriegsmaterial an Länder aus, die in einen internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind.» (pw)

Statistik Kriegsmaterial und besondere militärische Güter

Jahr	Kriegsmaterial	Bes. mil. Güter	Total
2006	397'611'423	231'326'053	628'937'476
2007	464'482'098	493'035'484	957'517'582
2008	721'968'433	338'163'361	1'060'131'794
2009	727'722'790	228'328'366	956'051'156
2010	640'498'611	198'349'995	838'848'606
2011	872'684'995	1'104'728'925	1'977'413'920
2012	700'420'664	2'408'077'896	3'108'498'560
2013	461'192'174	405'270'501	866'462'675
2014	563'500'800	887'665'453	1'451'166'253
2015	446'550'281	1'165'128'164	1'611'678'445
2016	411'938'930	693'116'869	1'105'055'799
2017	446'813'934	70'613'282	517'427'216
2018	509'880'699	24'753'152	534'633'851
2019	727'960'644	19'605'603	747'566'247
2020	901'184'773	45'316'364	946'501'137
2021	742'803'271	58'620'018	801'423'289
2022	955'017'335	69'345'686	1'024'363'021



Die 80. Ausgabe der linken Theoriezeitschrift *Widerspruch* ist zum Krieg Russlands gegen die Ukraine mit unterschiedlichen Einschätzungen von 20 Autor:innen:

➤ Ivo Georgiev: Die Linke in der Ukraine. ➤ Lutz Brangsch: Russlands Linke – gespalten im Krieg. ➤ Annemarie Sancar: Feministische Politiken in Zeiten von Krieg und darüber hinaus. ➤ Wolodymyr Ischtschenko: Es geht der herrschenden Klasse in Russland ums Überleben. ➤ Ewgeniy Kasakow: Geopolitik: Pseudowissenschaft als Trend. ➤ Anatoli Uljanov: Die überflüssigen Menschen aus der Ostukraine. ➤ Michael Graff: Hegemonie und aktuelle Geopolitik. ➤ Renate Hürtgen: Pro und Contra Waffenlieferung an die Ukraine. ➤ Franco Cavalli: Zeitenwende oder gewöhnlicher interimperialistischer Krieg? ➤ Renate Dillmann: USA und China – Kampf um Hegemonie. ➤ Dieter Klein: Rückkehr zu Gemeinsamer Sicherheit – trotz alledem! ➤ Beat Ringger: Gretchenfrage Ukraine-Krieg. ➤ David Salomon: Zwischen Menschenrechtsbellizismus und neuem Nationalismus. ➤ Hanna Perekhoda: Mit wem sind wir solidarisch? ➤ Markus Heiniger: Für eine friedenspolitische Aussenpolitik der Schweiz im Sinn des Völkerrechts. ➤ Dominic Iten: Neutrale Schweiz? ➤ Michael Roberts: Ukraine – die Invasion des Kapitals. ➤ Arman Spéth: Globalisierung in der Krise. ➤ Peter Schadt/Nathan Weis: Der deutsche Klimaimperialismus. ➤ Tomasz Koniecz: Der Krisenimperialismus des 21. Jahrhunderts. ➤ Ergänzt mit Diskussionen und Rezensionen.

WIDERSPRUCH-Heft 80: **Ukraine. Krieg. Linke Positionen**, 248 Seiten, Fr. 25.– / € 18.–, Rotpunktverlag, Zürich 2023, www.widerspruch.ch.

Literatur in Zeiten des Krieges

Die Leipziger Buchmesse, ein seit Jahrzehnten stattfindendes Treffen eines literaturaffinen Publikums im deutschen Osten, fand erstmals seit drei von Corona unterbrochenen Jahren wieder in alter Grösse statt. Lesungen, Diskussionsveranstaltungen, Verlagspräsentationen zogen während einer Woche Hunderttausende von BesucherInnen an. Traditionell bildet die Messe auch ein Fenster zum osteuropäischen Kulturschaffen, das nicht verwunderlich vom anhaltenden Krieg gegen die Ukraine geprägt war. Mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung wurde die russische Lyrikerin Maria Stepanova, eine vehemente Kritikerin Putins, ausgezeichnet.

/ Liliane Studer /

Seit dem 24. Februar 2022 ist Serhij Zhadan ununterbrochen unterwegs in der Ukraine, er organisiert Autos für Hilfsmitteltransporte, er tritt mit seiner Band in den befreiten Gebieten oder an der Front auf, er sucht Schutzmasken, er schreibt beinahe täglich in seinem Blog über das Kriegsgeschehen. Er reist in westeuropäische Länder, redet in vollen Literaturhäusern über seine Gedichte – und über den Krieg, denn «über Literatur reden bedeutet auch immer über den Krieg reden», wie er Mitte April dieses Jahres im Literaturhaus Basel ausführte.

Die Literatur habe sich verändert, die Inhalte, die Formen, doch die Sprache, die Kunst, sie bleiben weiterhin ein Mittel, diesem Krieg etwas entgegenzusetzen, das Bewusstsein zu schärfen, das Denken zu bewahren, die Zukunftsvorstellungen lebendig zu halten. Bereits in seinem 2020 auf Deutsch erschienenen Lyrikband *Antenne* hat Zhadan gefragt, was Literatur taugt in Zeiten des Krieges, und in den Texten, entstanden seit 2014, also nach der Annexion der Krim, in Sprache zu übersetzen versucht, was Angst macht.

Ein Roman, der noch geschrieben werden muss

Wie sich die Literatur, das Schreiben für Ukrainerinnen wie für Russen in den vergangenen 15 Monaten verändert hat,

verdeutlichten in Leipzig verschiedene Lesungen und Podien. Die an der Jahresveranstaltung des Friedensrates Ende Mai aufgetretene ukrainische Autorin und Journalistin Tanja Maljartschuk betonte, dass es für sie seit Beginn des Krieges unmöglich sei, an einem Roman zu arbeiten. In den Essays, die sie 2022 unter dem Titel *Gleich geht die Geschichte weiter, wir atmen nur aus* in Buchform veröffentlicht hat, thematisiert auch sie die Entwicklungen seit 2014. Und erinnert daran, dass der jetzige Krieg eine lange Geschichte hat, die nicht erst 2022 begonnen hat, sondern weit ins 20. Jahrhundert zurückführt.

Radikal und in deutlichen Worten forderte der in der Schweiz lebende russische Autor Michail Schischkin in einem prominent besetzten Podium (mit der Lyrikerin Maria Stepanova, dem Journalisten und Autor Alexander Estis und der Gesprächsleiterin und Schriftstellerin Julia Rabinowich), dass der demokratische Westen endlich verstehen müsse, um was es gehe, und in der Folge alles tun müsse, um den Sieg der Ukraine zu ermöglichen. Gleichzeitig liess er keinen Zweifel daran, dass die Russinnen und Russen vor immensen Herausforderungen stehen, müssten sie sich doch der Frage stellen, warum «wir Russen zu Faschisten geworden sind».

Der Roman, der sich dieser Frage stelle, so Schischkin, müsse geschrieben werden, von einem jungen Russen, der im Krieg war und überlebt hat. Sie wünsche sich, so der Einwurf von Julia Rabinowich, diesen Roman von einer jungen Frau, denn in sie habe sie grosse Hoffnungen. Worauf Maria Stepanova meinte, dass sie sich den Sieg der Ukraine wünsche, in der Folge einen Regimewechsel in Russland, danach würde sie «ausatmen und etwas Kleineres wünschen».

Aus dem Nebel des Krieges

Es gibt zahlreiche Kulturschaffende, Philosophen, Wissenschaftlerinnen, die sich – seien sie aus der Ukraine oder aus Russland – mit diesem Krieg, seiner Geschichte und seinen Auswirkungen auseinandersetzen, die schreiben und reden. Im Band *Aus dem Nebel des Krieges. Die Gegenwart der Ukraine*, heraus-

gegeben von Kateryna Mishchenko und Katharina Raabe, berichten 17 Autorinnen und Autoren, wie der Krieg ihr Leben und Denken verändert hat.

Dass der Krieg, der seit dem 24. Februar 2022 in Europa geführt wird, seinen Anfang bereits 2014 mit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass nahm, dürfte zwar langsam bekannt sein, trotzdem muss diese Tatsache immer wieder in Erinnerung gerufen werden, geht es doch um nichts weniger, als dass damals «die europäische Sicherheitsarchitektur erschüttert» wurde, seit 15 Monaten jedoch ist diese Sicherheit nicht mehr existent. Verzweiflung darf keine Antwort darauf sein, ebenso wenig der Wunsch, dass dies alles doch möglichst rasch ein Ende nehme, damit wir im Westen unsere Ruhe wieder zurückhaben.

Wenn der Pazifismus endet...

Dass der Krieg über Jahre gültige Überzeugungen über den Haufen werfen kann, beschreibt Artem Chapeye, 1981 in Kolomyia (Westukraine) geboren, im Essay «Wenn der Pazifismus endet». Auf die Bemerkung seines neunjährigen Sohnes, er wolle nicht, dass der Vater zum Krieg eingezogen werde, antwortete Chapeye spontan: «Ich werde nicht eingezogen. Weil ich mich melde.» Und er erklärte ihm, «dass es sich ganz, ganz selten, vielleicht einmal im Leben, und selbst das nicht bei jedem, ergibt, dass man genau das tut, was man tun sollte. Weil es einfach nicht anders geht.» Die Konfrontation mit der «realen, abgründigen Ungerechtigkeit» habe ihn nicht anders entscheiden lassen. Und er – ein Pazifist – meldete sich. Dass er nicht allein so entschieden hatte, sondern mit ihm Hunderttausende, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben und weiterhin dazu beitragen, dass der Krieg nicht so verläuft, wie Putin es erwartet hatte.

Eine neue eigene «Idee von Gerechtigkeit» entwickelt der 1989 in Donezk geborene Schriftsteller und Journalist Stanislaw Assejew, indem er die Täter zu Subjekten macht, zu handelnden Personen, die zum Sprechen gebracht werden sollen. Wegen seiner journalistischen Tätigkeit sass Assejew zweieinhalb Jahre

im Isoljazija, einem Konzentrationslager in der sogenannten Donezker Volksrepublik, in einer «Folteranstalt» also, und kam Ende Dezember 2019 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen der Ukraine und Russland frei.

Begegnung mit seinem Folterer

Es dauerte Monate, bis er sich wieder an die Freiheit gewöhnt hatte. «Die grösste Herausforderung jedoch wartete noch auf mich. Fast zwei Jahre nach meiner Befreiung erfuhr ich, dass der Kommandant und eigenhändige Folterer von Isoljazija seit Frühjahr 2019 in Kyjiw lebte und bereits hergezogen war, als ich noch in der von ihm geschaffenen Hölle war.» Dass der «Vergewaltiger, Folterer und Mörder» (in der späteren Anklage finden sich alle drei Punkte) in der gleichen Stadt lebte, liess für Assejew nur eine Antwort zu: Er würde den Täter zum Sprechen bringen.

Damit begann die Geschichte der ukrainischen NGO Justice Initiative Fund, wo man sich nicht auf die Opfer oder Zeugen konzentriert, sondern die Täter ausfindig machen will. Kriegsverbrecher sollen an die Ukraine ausgeliefert werden, Informationen sollen zusammengestellt werden, die zu Festnahme und strafrechtlicher Verfolgung von Kriegsverbrechern führen, Beweise für Verbrechen sollen beschafft werden.

Dabei gehe es weder um Verständnis noch um Versöhnung, sondern darum, Gerechtigkeit zu fordern. Krieg und Leiden müssten mit der Zeit alltäglich werden, «damit man sie besiegen kann». Assejew, von einem Opfer zum «HunterRus» geworden, plädiert dafür, dass die Gefühle verschwinden, denn: Wenn man versuche, «sich das Ausmass von entsetzlichem Leid auch nur eine Sekunde lang vorzustellen, verliert man den Verstand». Er plädiert dafür, «dass das Böse einen Namen haben muss, und diese Leute werden als Kriegsverbrecher in die Geschichte eingehen, auch für ihre eigenen Familien».

Leben, das aus der Asche entsteht

Die Künstlerin Kateryna Iakovenko, 1989 in Rowenky (Oblast Luhansk) geboren, derzeit in London lebend, erkennt Kunst als Möglichkeit, dem Krieg etwas entgegenzustellen, mit Strategien der Unterstützung, der Empathie und der Solidarität. Im 18. März 2022 wurde ihre Wohnung in Irpin, einem Vorort von Kyjiw, wo sie seit 2014 lebte, durch einen Granattreffer zerstört, alles ver-



«We don't need no occupation». Ternopil, 15. März 2022. © Volodymyr Polynyak.

brannte. Am 26. August 2022 lud sie zu einer Ausstellung zwischen den kaputten Wänden ein, sie dauerte einen Tag.

Gemeinsam mit den Leuten in der Nachbarschaft hatte sie sich für das Leben entschieden, «deshalb bin ich da». Wenn am Anfang kaum möglich war, Pläne für den nächsten Tag, die nächste Woche zu haben, änderte sich diese Grundhaltung durch die Erkenntnis, dass sie schon jetzt an der Zukunft bauen mussten, «wir müssen uns schon jetzt ein Leben vorstellen, das aus der Asche entsteht. Gerade jetzt ist es wichtig, zu träumen und vorauszu denken. [...] Wir schaffen die künftige Welt, tragen die Verantwortung für sie, wir sind selbst der Stoff, aus dem sie ihre Netze webt und uns in eine ideale Welt lockt. Aber sie wird nicht möglich sein, wenn wir heute erstarren. Das Trauma selbst zwingt uns zum Handeln.»

Bald war da das Bild des Baumes, der in der ukrainischen Kultur eine wichtige Rolle einnimmt. Der Baum reagiert auf Verletzungen mit Tränen – Harz fliesst aus, das bitter riecht und Risse verklebt. Die Kunstwerke, die an diesem einen Tag in der zerstörten Wohnung ausgestellt sind, können die Situation nicht ändern, können keine Traumata heilen, beenden den Krieg nicht. Darum ging es Kateryna Iakovenko auch nicht. Denn auch wenn die Ausstellung das ganze Ausmass der Zerstörung sichtbar machte, ging es um etwas anderes, nämlich «Worte zu finden, mit denen man diese Verlust Erfahrung beschreiben kann, und darum, wie man die Worte nicht verliert, den gegenseitigen Respekt und die Dankbarkeit gegenüber all jenen, die sich jeden Tag gegenseitig helfen».

Fortsetzung Seite 28

Können Bilder Realität schaffen?

Der 1987 in Lwiw geborene Dokumentarfilmer und Arzt Yuriy Hrytsyna stellt die «grösste Frage dieses Krieges: Muss es Bilder von etwas geben, damit es als real wahrgenommen wird?» Er unterscheidet zwischen den narrativen Bildern, die «kraft ihrer Ästhetik und Thematik eine Geschichte [erzählen], die den Zuschauer zum Handeln bewegen soll», und den forensischen Bildern, die in die Vergangenheit blicken und sich mit dem befassen, was bereits geschehen ist. «Im kollektiven Gedächtnis vermischen sich beide Arten von Bildern. Man ist von dem Bildstrom mitgerissen, es gibt kein Entkommen, keine Pause.» Yuriy Hrytsyna thematisiert die unendliche Menge an Bildern, die aus unterschiedlichen Quellen stammen und deren Einordnung zunehmend schwerfalle. Je nach Herkunft und Verbreitungskanälen werden sie unterschiedlich eingeordnet, ihre Aussagen verselbständigen sich, werden aktiv umgedeutet und entsprechend eingesetzt.

Bilder seien omnipräsent und ohnmächtig, der Krieg könne ohne Bilder weitergehen, Bilder könnten auch keinen Krieg beenden. Darüber könnten wir traurig oder wütend sein. «Nur eins können wir nicht: die Bilder beschuldigen. Denn unsere Unfähigkeit zu handeln ist allein unsere Schuld. Man kann alles sehen. Wie wir auf das Gesehene reagieren, hängt allein von uns ab. Die Bilder enden. Die Wirklichkeit beginnt.»

Wie wird Sprache nach dem Krieg aussehen?

In ihrem Essay «Spiegel der Seele» erzählt die Mitherausgeberin Kateryna Mishchenko von den Tagen und Monaten seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine. Von russischen Angriffen, von Menschen, die gestorben sind, von Zerstörung. Aber auch von der Solidarität, davon, dass das ganze Volk mitkämpfe.

«Diese inklusive und engagierte Formel könnte zum Fundament der Zukunft werden, wie vage sie im Moment erscheinen mag. Einer Zukunft ohne Kämpfe, dafür mit einem Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinsame.» Es sind diese Momente der Hoffnung, die immer wieder aufscheinen in dem Band und die ihn so lesenswert machen. Die unterschiedlichen Texte konfrontieren mit einer überzeugenden Offenheit, die vielen vielleicht fremd er-

scheinen mag, fordern sie doch gleichzeitig unmissverständlich heraus, sich den Fragen zu stellen. Fragen nach der eigenen Position, dem Egoismus, den Konsequenzen, die sich ergeben.

«Wie wird unsere Sprache nach dem Krieg aussehen?», fragte Serhij Zhadan in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 23. Oktober 2022 in der Paulskirche in Frankfurt. Und fuhr fort: «Wir werden viel Kraft und Glauben brauchen, um über unsere Gefallenen zu sprechen. Denn aus ihren Namen werden unsere Wörterbücher entstehen. [...] Wir sind zur Zukunft verdammt, ja, wir sind sogar für sie verantwortlich.» Er schloss mit folgenden Worten: «Die Stimme gibt der Wahrheit eine Chance. Und es ist wichtig, diese Chance zu nutzen. Vielleicht ist das überhaupt das Wichtigste, was uns allen passieren kann.»

Maria Stepanova, die diesjährige Preisträgerin des Leipziger Buchpreises zur Europäischen Verständigung, der ihr am 26. April 2023 im Leipziger Gewand-

haus übergeben wurde, bezog sich in ihrer Dankesrede unter anderem auf Paul Celan und sagte: «Celan gefiel ein Bild, das er von Ossip Mandelstam, einem Dichter, den er liebte, entliehen hatte: eine Flaschenpost, adressiert an eine Person, die noch nicht existiert, eine Nachricht, die ins Unbekannte geschickt wird – in der Hoffnung auf Aufmerksamkeit (eine wichtige Kategorie für Celan) und Verständnis. Die schwerelosen Fäden des Verstehens, die sich irgendwie, leise, ganz langsam zwischen Texten, zwischen Sprachen, zwischen gähnenden Leeren spannen – sie halten noch immer unsere Welt zusammen, werden dichter, knüpfen Beziehungen, stellen Verbindungen her und flicken das zerrissene Gewebe.»

Kateryna Mishchenko/Katharina Raabe (Hg.): **Aus dem Nebel des Krieges. Die Gegenwart der Ukraine.** Suhrkamp Verlag, edition suhrkamp, Frankfurt 2023, 288 Seiten, Fr. 27.90.

Maria Stepanova: **Winterpoem 20/21. Gedichte.** Zweisprachige Ausgabe. Aus dem Russischen von Olga Radetzkaja. Suhrkamp Verlag, Bibliothek Suhrkamp, Frankfurt 2023, 120 Seiten, Fr. 30.50.

Jahrzehntelanges Engagement für Flüchtlinge und Vertriebene – Swetlana Gannuschkina

Eigentlich ist die 1942 geborene Swetlana Gannuschkina Mathematikerin und sie hat auch von 1970 bis 2000 als Mathematikprofessorin an der Hochschule für Geschichte und Archivierung unterrichtet. Doch seit Ende der 1980er-Jahre setzt sie sich in der Sowjetunion, später in Russland für Flüchtlinge ein. Sie ist Gründerin der «Bürgerunterstützung», der ersten Menschenrechtsorganisation in der Sowjetunion, die bis heute existiert. Die Organisation bietet Flüchtlingen und Vertriebenen u.a. juristischen Beistand und Hilfe bei Behördengängen sowie medizinische und psychologische Hilfe an.

Seit 1994 gilt Swetlana Gannuschkinas Engagement vor allem den systematischen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, von wo viele Menschen flüchteten. 1996 gründete sie das Netzwerk juristischer Beratungsstellen für Flüchtlinge und Vertriebene «Migration und Recht» beim Rechtszentrum der Menschenrechtsorganisation Memorial, die bekanntlich Ende 2021 vom Obersten Gericht Russlands liquidiert wurde, nachdem im November 2021 die russische Staatsanwaltschaft beantragt hatte, Memorial und ihre regional in Russland aktiven Einrichtungen aufzulösen. Die

unabhängigen Einrichtungen Memorials ausserhalb von Russland, u.a. in Deutschland, bestehen weiter. 2022 wurde Memorial neben der ukrainischen Menschenrechtsorganisation Center for Civil Liberties sowie dem Menschenrechtler Alis Bialiatkis aus Belarus mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Im Buch *Auch wir sind Russen*, das Swetlana Gannuschkina zusammen mit der Autorin und Journalistin Alexandra Cavelius bereits 2015 veröffentlicht hatte und das 2022 in einer aktualisierten Neuauflage erschienen ist, erzählt sie vom ständigen Einsatz für Menschenrechte, jeden Tag. Swetlana Gannuschkina verbindet auf eindruckliche Weise ihre eigene Geschichte mit jener des Landes, dem sie sich verbunden fühlt und das sie über Jahrzehnte herausgefordert hat und weiterhin herausfordert. So gelingt ihr, tief in Russlands Geschichte einzudringen und Zusammenhänge aufzudecken, ohne zu erklären oder zu rechtfertigen.

Swetlana Gannuschkina mit Alexandra Cavelius: **Auch wir sind Russland. Im Widerstand gegen Putins neue Weltordnung.** Aus dem Russischen von Bernhard Clasen. Europa Verlag, München 2022 (aktualisierte Neuauflage), 440 Seiten, CHF 27.90.

Vom Krieg gegen die Ukraine überschattet

Nach zwei coronabedingten Unterbrüchen in den Jahren 2020 und 2021 fand der traditionelle länderübergreifende Bodensee-Friedensweg nach dem letzten Jahr im österreichischen Bregenz an diesem Ostermontag, 10. April 2023, turnusgemäss in der Schweiz, im appenzellischen Dunant-Dorf Heiden, statt. Mehr als 600 Menschen wanderten dabei in einem Sternmarsch von Grub, Wolfhalden und dem Bahnhof Heiden zum Dunant-Museum, wo die dort stationierte Peace Bell aus Nagasaki im Gedenken an die zerstörerische Wirkung der Atomwaffen geläutet wurde.

Klima, Gerechtigkeit, Frieden

Abgeschlossen wurde die Kundgebung auf dem Dunant-Platz mit einem von Andreas Ennulat, Präsident des Vereins Dunant-Museum, moderierten Gespräch, das unter dem Titel «Zusammen-Halt! Frieden und Klima für unser Überleben» stand, dem Thema des diesjährigen Friedensweges. Die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi, der Direktor der Friedensstiftung Swisspeace Laurent Goetschel und der frühere UNO-Korrespondent Andreas Zumach setzten dann jedoch den Schwerpunkt auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Die Sorge um den internationalen Frieden und den Klimawandel begleitete den Friedensweg bereits 2022 («Es geht ums Ganze! Klima. Gerechtigkeit. Frieden»). Die aktuelle weltpolitische Lage und die seit Kriegsbeginn zusammengebrochene europäische Friedensordnung dominierten sowohl Gespräch wie Friedensweg und drängten das Thema Klima in den Hintergrund.

Völkerrecht verteidigen

Andreas Ennulat griff zuerst das in der Schweiz dominierende Thema der Neutralität im Ukrainekonflikt auf und fragte, was heute eine neutrale Haltung, und was Pazifismus noch bedeute. Antworten lieferte Laurent Goetschel, der zuerst auf die rechtliche Stellung der Schweizer Neutralität einging und darauf hinwies, dass dies ursprünglich nur das Recht auf Nichtteilnahme an militärischen Konflikten durch Drittstaaten bedeutete. Doch die Neutralität stelle nur ein Verhältnis zwischen Staaten dar, es gebe aber

alles andere als eine gesellschaftliche Gesinnungsneutralität und umso mehr sollte Partei ergriffen werden, wenn man militärisch nicht involviert sei. So seien etwa nichtmilitärische Sanktionen gegen kriegsrische Angreifer völlig legitim. Die Schweiz müsse alles dafür tun, das humanitäre Völkerrecht zu verteidigen.

Andreas Zumach wehrte sich gegen die Behauptung, der Pazifismus sei mit dem Krieg gegen die Ukraine gescheitert. Denn es habe noch nie irgendwo grundlegende pazifistische Politik gegeben. Unter den 193 UNO-Staaten gebe es einen einzigen, Costa Rica, der auf die Aufstellung von Streitkräften und den Besitz von Waffen verzichte. Frieden schaffen ohne Waffen heisse die Bearbeitung von Konflikten in allen ihren Phasen, angefangen von ihrer Früherkennung bis zum Einsatz ziviler Mittel, um deren Eskalation auf die Gewaltebene zu verhindern.

An der Kundgebung riefen Transparente zur andauernden Solidarität mit der Ukraine auf, gefordert wurde, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und für entsprechende Friedensverhandlungen einzusetzen – die allerdings noch keinerlei Anzeichen auf der Seite der russischen Besatzungstruppen erkennen lassen. Trotzdem besteht die Hoffnung, dass an Ostern 2024 über den

Wiederaufbau und nicht die Zerstörung der Ukraine diskutiert werden muss, obwohl die Befürchtung gross ist, dass der Krieg noch lange nicht zu Ende ist.

Atomare Erpressung Putins

Der Widerstand gegen die atomare Waffendrohung bildete jahrzehntelang den Schwerpunkt der Ostermarschbewegung in den drei Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz, in deren Tradition der Bodensee-Friedensweg steht. Nachdem sich die Menschheit lange Zeit mit der vorgeblichen Abschreckungswirkung der Atomwaffen mehr oder weniger eingerichtet hatte, hat Putins offene Drohung mit dem Einsatz von sogenannten taktischen Atomwaffen im Krieg gegen die Ukraine und deren angekündigte Stationierung in Belarus unmissverständlich in Erinnerung gerufen, dass Atomwaffen keineswegs nur der Abschreckung, sondern als Erpressung in konventionellen Kriegen dienen. Die Forderung nach einer weltweiten atomaren Abrüstung ist deshalb dringlicher denn je, der bisher unterlassene Beitritt Deutschlands und der Schweiz zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag wurde in beiden Ländern schon lange kritisiert und am Friedensweg vehement gefordert. (pw)





Berner Ostermarsch 2023

Über 500 Menschen haben sich am Ostermontagnachmittag auf dem Berner Münsterplatz zur traditionellen Oster-Friedenskundgebung versammelt. Ein Teil war zuvor von Wabern gestartet. Am diesjährigen Ostermarsch forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer «Geld für Frieden statt für Kriege». Dabei ging es darum, in der Schweiz verwaltete russische Vermögen zu sperren und für den Wiederaufbau der Ukraine zu nutzen. «Ohne die Abermillionen aus der Schweiz hätte Putin seine Kriegskasse nicht füllen können», sagte Friedensaktivist Jo Lang in einer Rede zu Beginn im Berner Eichholz (Bild oben).

In der Schweiz sind von insgesamt 150 bis 200 Milliarden Franken 7,5 Milliarden an «Oligarchen-Vermögen» gesperrt worden. Eine wenig diskutierte Quelle für die Wiederaufbauhilfe bietet auch die Besteuerung von Übergewinnen, die dank des Krieges erzielt werden, so Jo Lang. Die Verknappungen bei Energieträgern wie Gas, Öl und Kohle hätten Rohstoff- und Stromkonzernen massive Zugewinne ermöglicht. Die Kombination aus konfiszierten Oligarchengeldern und einer gerechten «Windfall-Steuer» für Kriegsprofiteure könnte eine gute finanzielle Basis für den teuren Wiederaufbau der Ukraine darstellen.

Im Weiteren wurde ausgeführt, dass ein langfristiger, positiver Frieden nur erreicht wird, wenn über den Ukraine-Krieg hinaus endlich eine abrüstungsorientierte, entmilitarisierende Politik angestrebt werde. Das bedeute, dass gerade feministische Friedenspolitik, welche den Abbau jeglicher strukturellen Gewalt fordert, Eingang in unser Handeln und Denken finde.

ILANZERSOMMER

Ein Ort für Begegnung und Dialog

9. – 13. August 2023

ilanzersommer.ch

Übersicht Wochenprogramm

**Dienstag,
08.08.2023**

Über die Schönheit

Gedankengang 1
17:00 Uhr, Museum Regional Surselva

Eröffnungsfilm: Utama (2022)

Filmreihe Stad da Pasch
20:00 Uhr, Cinema Sil Platz

**Mittwoch,
09.08.2023**

Zukunftswut, Zukunftsmut

Gedankengang 2
17:00 Uhr, Museum Regional Surselva

Eröffnung

Eröffnungsperle
18:00 Uhr, Museum Regional Surselva

This Kind of Hope (2023)

Filmreihe Stad da Pasch
19:30 Uhr, Cinema Sil Platz

**Donnerstag,
10.08.2023**

Aufwachen mit Yin Yoga

Relax
07:15 Uhr, Haus der Begegnung

Meditieren im Bunker

Relax
07:30 Uhr

Loht sich Widerstand? – 1

Atelier
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

Vergangenheitsarbeit & Versöhnung vo und Schweiz

Atelier
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

Schichtwechsel – La Surselva

Spaziergang
14:00 Uhr, Treffpunkt Bahnhof Ilanz

Sicherheit neu denken – 1

3x3x3 – Raum für Dialog
17:00 Uhr, Haus der Begegnung

Polish Prayers (2022)

Filmreihe Stad da Pasch
20:00 Uhr, Cinema Sil Platz

**Sonntag,
13.08.2023**

Kunst fürs Klima

Gedankengang 3
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

**Freitag,
11.08.2023**

Aufwachen mit Yin Yoga

Relax
07:15 Uhr, Haus der Begegnung

Meditieren im Bunker

Relax
07:30 Uhr

Loht sich Widerstand? – 2

Atelier
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

Klimaaktivist:innen laden zum Gesp

Atelier
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

Nach Sumvitg

Wanderung
12:30 Uhr, Treffpunkt Bahnhof Ilanz

Sicherheit neu denken – 2

3x3x3 – Raum für Dialog
17:00 Uhr, Haus der Begegnung

La Mif (2021)

Filmreihe Stad da Pasch
20:00 Uhr, Cinema Sil Platz

**Samstag,
12.08.2023**

Aufwachen mit Yin Yoga

Relax
07:15 Uhr, Haus der Begegnung

Meditieren im Bunker

Relax
07:30 Uhr

Vorsicht – Shitstorm!

Atelier
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

Loht sich Widerstand? – 3

Atelier
09:00 Uhr, Haus der Begegnung

Nach Valendas

Spaziergang
14:00 Uhr, Treffpunkt Bahnhof Ilanz

Sicherheit neu denken – 3

3x3x3 – Raum für Dialog
17:00 Uhr, Haus der Begegnung

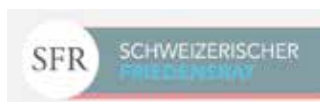
Bern ist überall – le climat aussi

Spoken Word
21:00 Uhr, Cinema Sil Platz

Mattiu ed Amitg'as

Konzert
11:00 Uhr, Klosterkirche Ilanz

Infos/Anmeldung: www.ilanzersommer.ch



**Montag, 26. Juni 2023
von 19.00 – 21.00 Uhr**

an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Sambia: von der Kolonie zur Demokratie

Eine Zeitreise und persönliche Auseinandersetzung

Mit **Elsbeth und Jürg Noti**, die das Land von ihrem entwicklungs-
politischen Inter-team-Einsatz kennen und immer noch in Kontakt
mit den Menschen in ihrem einstigen Wirkungsfeld sind.

Tram 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
(eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.

Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter info@friedensrat.ch
bis zum 22. Juni 2023 an und erhält dann den Zugangscodes.



Podiumsveranstaltung

UN-Atomwaffenverbotsvertrag und die Schweiz

www.gsoa.ch/tpnw-podium

Freitag, 23. Juni 2023, 19 Uhr
Universität Bern, UniS S 201
Schanzeneckstrasse 1, Bern



Podiumsgespräch: Internationale Ebene

Wo steht der UN-Atomwaffenverbotsvertrag? Nützt der Vertrag auch, wenn die Nuklearmächte
ihn nicht ratifizieren? Kann der Vertrag die Grundlage für eine zukünftige globale Friedens- und
Sicherheitsarchitektur bilden?

Florian Eblenkamp, International Campaign to Abolish Nuclear Weapons ICAN
Wendela de Vries, Campagne tegen Wapenhandel, Niederlande
Ruth Rohde, Corruption Tracker Project/ ArmsInformationCentre (RIB)
Daniele Taurino, Movimento Nonviolento/Rete italiana Pace e Disarmo

Podiumsgespräch: Schweizer Ebene

Was würde der Beitritt der Schweiz zum Vertrag nützen? Warum hat der Bundesrat den Vertrag
weiterhin nicht unterzeichnet? Wie können wir den Prozess beschleunigen?

Carlo Sommaruga, Nationalrat SP
Marionna Schlatter, Nationalrätin Grüne
Jonas Heeb, GSoA

Moderation: Jan Jirát (WOZ)

Sprache: Deutsch / Englisch.
Simultanübersetzung auf Deutsch / Englisch und Französisch

GSoA

SP

ICAN

WILPF

P

ENAAT

SWISSPEACE

SFR SCHWEIZERISCHER FRIEDENS-RAT

Medienpartner

WOZ
ZEITUNG

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte September 2023

175 Jahre Frieden in der Schweiz: Visionen für eine aktive Friedensnation Schweiz Einladung zur 6. Schweizer Friedenskonferenz am 9. August 2023 in Ilanz/GR

FORUM
FÜR
FRIEDENS-
KULTUR



Am 12. September 1848 wird aus der alten Eidgenossenschaft ein Bundesstaat. Die Schweiz wird zur ersten Demokratie Europas. Ebenso alt wie die Bundesverfassung ist auch der politische Frieden in der Schweiz, der uns so viel Sicherheit, Wohlstand, soziale und demokratische Entwicklung erst ermöglicht hat. Dass diesem Jubiläum so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, zeigt, dass wir Frieden als selbstverständlich wahrnehmen. Doch wo steht die Friedensnation Schweiz heute wirklich?

Das Forum für Friedenskultur zeichnet für die Organisation der 6. Friedenskonferenz am 9. August 2023 in Ilanz/GR verantwortlich und möchte darüber mit möglichst vielen Personen in einem thematisch ausgerichteten Open Space ins Gespräch kommen.

Als Diskussionsimpulse dienen uns Thesen, die von der Arbeitsgruppe «Sicherheit neu denken» erarbeitet worden sind. Letztere wurde vom Schweizerischen Friedensrat initiiert und beschäftigt sich mit der Frage, wie eine zukünftige

tige Friedens- und Sicherheitspolitik in der Schweiz gefördert werden kann, die sich an der UNO-Charta orientiert.

Wir möchten mit euch unsere Thesen konkretisieren: Welche neuen Wege sind einzuschlagen, damit wir uns in unserem Alltag sicher fühlen können? Bist du dabei, mit uns zusammen die Schweizer Friedenspolitik nachhaltig mitzuprägen? Die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse der Friedenskonferenz sollen in die Weiterentwicklung der zukünftigen Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz einfließen.

Direkt anschliessend, vom 9. bis 13. August, findet unser Festival «Ilanzer Sommer» (www.ilanzersommer.ch) statt. Wir freuen uns auf dich und dein engagiertes Diskutieren und Visionieren! Weitere Infos und Anmeldung: www.forumfriedenskultur.ch

